

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beitzteile kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserte) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 52.

Sonntag, den 27. Dezember.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Das neue Kinderschutzgesetz und die Tabakarbeiter.

Das neue Kinderschutzgesetz, welches am 1. Januar 1904 in Kraft tritt, hat der Ausbeutung von Kindern in den handwerksmäßig betriebenen und wegen ihres geringen Umfangs nicht als „Fabriken“ geltenden Werkstätten der Tabakbranche und vor allem in den zahlreichen hausindustriellen Betrieben der in ihrem eignen Heim für ihren Unternehmer frondenden Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen eine Grenze gesetzt. — Viel ist freilich gerade für unsern Beruf nicht erreicht worden; das Gesetz ist lediglich eine unzulängliche Konzession an die seit Jahrzehnten von der sozialdemokratischen Partei erhobene Forderung, die Erwerbsarbeit von Kindern unter vierzehn Jahren völlig zu verbieten. Es ist ein Fortschritt, aber ein sehr geringfügiger.

Bisher war die Kinderarbeit nur in Fabriken natürlich auch in den Zigarren- und sonstigen Tabakfabriken verboten. Der Polizei stand zwar das Recht zu, durch örtliche Verordnungen weitergehende Beschränkungen der Kinderarbeit einzutreten zu lassen; indes machte sie von diesem Recht so gut wie gar keinen Gebrauch und wird auch jetzt ihre Befugnis kaum benutzen; die Kinderarbeit in höherem Maße zu beschränken, als das Gesetz es vorschreibt. In Deutschland hat die Polizei bekanntlich ganz andre Aufgaben zu erfüllen, als sich um die Ausbeutung von Kindern zu kümmern.

Nach den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes hat der Bundesrat das Recht, die Kinderarbeit in der gesamten Tabakbranche, auch in den nicht als Fabriken geltenden kleinen Werkstätten und bei der Heimarbeit, zu verbieten. Die Hoffnung auf eine derartige Vorschrift hat man uns also immerhin gegönnt, aber freilich schämen wir die sozialpolitische Einsicht des Bundesrats nicht so hoch ein, daß wir diese Hoffnung in eine Erwartung umzumünden bereit wären. Wir werden natürlich nicht ablassen, das Verbot der Kinderarbeit zu fordern. Wir brauchen unsern Kollegen nicht erst zu beweisen, wie sehr die körperliche und geistige Entwicklung der Arbeiterkinder unter der Erwerbsarbeit leidet. Ganz besonders ist das in unserer Branche der Fall; wird doch in zahlreiche Kinder, die in elender Wohnung dem Vater bei der Tabakarbeit helfen und die dort den Tabakstaub und die Nikotindünste einatmen, der Keim zur Schwindsucht gelegt! Die Schulordnung verbietet den Kindern mit Recht, zu rauchen, aber die tausendmal gefährlichere Arbeit mit Tabak wird den Kleinen im Interesse der Tabakfabrikanten wohlwollend gestattet.

Würden in den kleinen, als Fabriken nicht geltenden Werkstätten der Zigarrenbranche und des sonstigen Tabakgewerbes keine Kinder beschäftigt werden, so müßten an Stelle dieser Kinder Erwachsene eingestellt werden. Würden die Heimarbeiter in unsern Branche sich nicht von ihren Kindern helfen lassen, dann würden sie die Löhne nicht so leicht herabdriicken lassen. Leider gelang es den bestehenden Klassen lange Zeit hindurch, den Arbeitern, auch den Tabakarbeitern, einzureden, diese hätten Vorteil davon, wenn ihre Kinder zur Arbeit gehen oder ihnen zu Hause bei der Heimarbeit helfen dürften; durch diese Ausbeutung der Kinder steige das Einkommen der Familie, wenn auch nur um den spärlichen, von den Kleinen verdienten Sündenlohn. Diese Ansicht ist völlig haltlos. Dadurch, daß Kinder in den kleinen Werkstätten der Tabakbranche beschäftigt werden dürfen und dadurch, daß die im eignen Heim schuftenden Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen die kleinen Händchen ihrer (oder wohl auch gegen Bezahlung fremder) Kinder zu Hilfe nehmen, steigt die Arbeitslosigkeit, da die Kinder den Erwachsenen eben die Arbeitsgelegenheit beschränken. Je größer aber die Arbeitslosigkeit ist, um so mehr sinkt der Lohn. Würde die Kinderarbeit im Hause sowohl, wie in der Werkstatt verboten, dann würde die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen, so daß mit Hilfe unsres Verbandes der Lohn erhöht werden könnte.

Leider wurde aber trotzdem ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der u. a. auch für die Tabakbranche das völlige Verbot der Beschäftigung von Kindern wenigstens unter 13 Jahren enthielt, von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Wären weitere Anträge der Sozialdemokraten angenommen worden, so wäre wenigstens das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in der ganzen Tabakbranche ergangen.

Jetzt ist nur verboten, in Werkstätten fremde Kinder unter 12 Jahren und eigne Kinder unter 10 Jahren zu beschäftigen. In der Hausindustrie, in welcher der Heimarbeiter nicht zum Verkauf an das Publikum, sondern für den Unternehmer arbeitet, ist es auch verboten, sich von den eignen Kindern helfen zu lassen, solange sie nicht mindestens 12 Jahre alt sind.

Die systematische Ausmerglung der Kinder ist begrenzt worden. Sowohl in Werkstätten wie im Hause dürfen schulpflichtige Kinder nicht mehr des Nachts arbeiten; zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens ist jede Beschäftigung der Kinder untersagt. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde beschlossen, daß die Kinder vor Beginn des Unterrichts auch dann nicht arbeiten dürfen, wenn die Schule nach 8 Uhr morgens beginnt. Leider wurde der Antrag der Sozialdemokraten, daß die Arbeitszeit der Kinder höchstens drei Stunden betragen darf, nur für die Schulzeit, nicht für die Ferien angenommen. Während der Ferien darf man sich von den Kindern zu Hause vier Stunden lang bei der Arbeit helfen lassen.

Außerdem hat die Beschränkung der Arbeitszeit in den Werkstätten, die handwerksmäßig betrieben werden, und in denen nicht für den Gewerbebetrieb eines andern Unternehmers gearbeitet wird, nur auf die fremden Kinder der Bezug; die eignen Kinder kontr. so ein kleiner „Zigarrenfabrikant“ titulierender Werkstättenbesitzer viel länger als drei oder vier Stunden ausbenten. — Für alle Kinder gilt allerdings, daß sie weder in der Werkstatt noch zu Hause zwei Stunden nach dem Vor- und eine Stunde nach dem Nachmittagsunterricht beschäftigt werden dürfen. — Der Antrag der Sozialdemokraten, die Arbeit zwei Stunden auch nach dem Nachmittagsunterricht zu untersagen und zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht ganz zu verbieten, wurde leider von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das Gesetz enthält auch eine Bestimmung, daß den Kindern während der Ferien eine zweistündige Mittagspause gewährt werden muß. In Betracht kommen kann die Bestimmung nur für die Werkstattarbeit eignen Kinder, die einer Arbeitszeitbeschränkung nicht unterliegt.

Von Wichtigkeit ist, daß an Sonn- und Festtagen kein Kind mehr beschäftigt werden darf, weder in der Werkstatt, noch im Hause.

Falls der Bundesrat die Beschäftigung in den Werkstätten unserer Branche (nicht auch in der Hausindustrie) für besonders leicht und dem Alter der Kinder angemessen erachten sollte, so hat er das Recht, zu erlauben, daß die Inhaber der nicht als Fabriken geltenden Werkstätten ihre eignen Kinder beschäftigen dürfen, auch wenn diese noch nicht 10 Jahre alt sind. Natürlich würde für diese Kinder Sonntagsruhe und das Verbot der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens, der Arbeit vor dem Vormittagsunterricht, zwei Stunden nach dem Vor- und eine Stunde nach dem Nachmittagsunterricht sowie während zweier Mittagsstunden in der Ferienzeit gelten.

Als Kinder im Sinne des Gesetzes gelten Kinder unter 13 Jahren und schulpflichtige Kinder. In Bayern, wo die Schulpflicht schon mit vollendetem 13. Lebensjahre endet, steht daher der schrankenlosen Ausbeutung dreizehnjähriger Knaben und Mädchen nichts im Wege. Der Antrag der Sozialdemokraten, das Gesetz allgemein auf Kinder bis zum 14. Lebensjahre zu erstrecken, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien im Interesse der „Rettung des bayerischen Mittelstands“ abgelehnt.

Da bezüglich der Werkstattarbeit, nicht der Heimarbeit, ein Unterschied zwischen fremden und eignen Kindern gemacht wird, sei bemerkt, daß als „eigne Kinder“ im Sinne des Gesetzes diejenigen nicht gelten, welche bei den Eltern nicht wohnen. Dagegen gelten als „eigne Kinder“ auch die zu demselben Hausstand gehörigen Stiefkinder, Enkel, Stiefenkel, Adoptivkinder und Waisen. Ferner gelten als eigne Kinder auch die dem betreffenden Handwerksmeister zur gesetzlichen Fürsorgeerziehung überwiesenen Zöglinge. Vergeblich bekämpfte die Sozialdemokratie diese Bestimmung; ihre Opposition hatte nur den Erfolg, daß die betreffenden Meister die Fürsorgekinder länger, als sie fremde Kinder zu beschäftigen berechtigt sind, nur ausbeuten dürfen, falls sie ihre eignen Kinder gleichzeitig beschäftigen.

Wer ein fremdes Kind in seiner Werkstatt an Sonn- und Festtagen beschäftigt, oder wer sich von einem fremden Kind in seiner Wohnung bei der Heimarbeit am Sonn- oder Festtag helfen läßt, riskiert Geldstrafe in Höhe von 3 bis 600 Mk. Vergeht er sich gegen andre Bestimmungen des Gesetzes durch Beschäftigung fremder

Kinder, so kann er zu Geldstrafe von 3 bis 2000 Mk. verurteilt werden. Die Sozialdemokraten bewiesen, daß Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz so einträglich sein können, daß die betreffenden Ausbeuter durch die Gefahr einer Geldstrafe nicht davon abgehalten werden dürften, dem Gesetze zuwider zu handeln. Darum wurde vom Reichstage entgegen der Regierungsvorlage verfügt, daß, wer gewohnheitsgemäß fremde Kinder an Sonn- und Festtagen beschäftigt, statt mit Geldstrafe auch mit Haftstrafe von 1 Tag bis zu 6 Wochen bestraft werden kann. Wer sich gewohnheitsmäßig durch Beschäftigung fremder Kinder gegen andre Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes vergeht, kann statt mit Geldstrafe auch mit Gefängnis von 1 Tag bis zu 6 Monaten bestraft werden.

Leider wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, die widergesetzliche Beschäftigung eignen Kinder genau so wie die fremder Kinder zu bestrafen. Die Regierungsvorlage wurde allerdings infolge der sozialdemokratischen Anregung noch etwas verbessert. Nach der Regierungsvorlage sollte die widergesetzliche Beschäftigung eignen Kinder nur zu Geldstrafen führen können, nämlich zu 3 bis 600 Mk. Geldstrafe. Der Reichstag setzte zwar Geldstrafe von nur 1 bis 150 Mk. fest, bestimmte aber gleichzeitig, daß im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung gegen das Gesetz statt auf Geldstrafe auch auf Haftstrafe von 1 Tag bis zu 6 Wochen erkannt werden kann.

Niemand darf ein fremdes Kind beschäftigen — außer zu einer einmaligen Gelegenheitsarbeit —, ohne daß dieses im Besitze einer Arbeitskarte ist. Die Arbeitskarten werden auf der Polizei ausgegeben; ohne Zustimmung des Vaters oder Vormunds hat die Polizei nicht das Recht, die Arbeitskarte auszuhändigen. Ist eine Erklärung vom Vater oder Vormund nicht zu erhalten, etwa weil dieser schwer erkrankt ist, so hat die Gemeindebehörde das Recht, die Zustimmung zu geben. — Dauerlich ist, daß es gestattet ist, eigne Kinder ohne Arbeitskarte dauernd zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten traten dafür ein, daß ein solcher Unterschied nicht zu machen ist, um die Eltern möglichst zu veranlassen, auf die Ausbeutung ihrer Kinder zu verzichten.

Wer fremde Kinder in seiner Werkstatt beschäftigen will, muß dies mit Angabe des Namens dieser Kinder bei der Polizei anmelden, damit diese ihn bezüglich der Arbeitszeit kontrollieren kann. Unsere Genossen schlugen vor, daß diese Bestimmung auch auf die eignen Kinder, namentlich auch in der Hausindustrie, ausgedehnt wird, um die Kontrolle auch der bei der Heimarbeit verkommenen Kinder zu erleichtern. Darauf gingen auch die bürgerlichen Parteien ein. Die Durchführung des Gesetzes ist nicht leicht. Um so mehr muß es die Aufgabe unsrer Kollegen sein, für die strikte Befolgung des Gesetzes zu sorgen.

Sozialpolitischer Humbug.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften möchten gern mit sozialpolitischen Erfolgen prahlen, um die gläubigen, aber indifferenten Arbeiter in ihre Organisationen losrennen zu können. Aber ein Schuft gibt mehr als er hat — und da die Führer der Christlichen keine sozialpolitischen Erfolge aufzuweisen haben, soll ihnen der Reichskanzler zu solchen verhelfen; sie versprechen dafür, die Arbeiter ans monarchische Lager zu fesseln. Deshalb setzten sie auch auf dem Frankfurter „Arbeiterkongress“ jenen Deputationsrummel in Szene, der am 13. Dezember d. J. im Reichskanzlerpalais seinen Abschluß fand. Die Herren Franz Behrens-Berlin, Schirmer-München und andre Streber sprachen beim Reichskanzler vor, wurden gnädigst empfangen, brachten ihren Speech an und wurden vom Reichskanzler mit einer Antwort bedacht, die — alles beim alten läßt. Zu nichts verbunden, aber bereitwillige Erwägung der vorgetragenen Wünsche — diese Signatur umfaßte die Antwort Willows.

Nach der großen Mühe, die sich die Deputation gemacht hatte, war diese Abpeisung doch zu trocken, denn es war mehr als bescheiden, was sie dem Reichskanzler unterbreitete.

Es verlohnt sich, die erfolglos vorgetragene Bittrede der Deputation im Wortlaut festzuhalten, denn wir werden wohl noch oftmals zu konstatieren haben, daß die Regierung auch die bescheidensten christlichen Arbeiterwünsche unberücksichtigt läßt. Herr Behrens als Sprecher sagte:

Egzellenz! Der deutsche Arbeiterkongress hat uns den Auftrag erteilt, Ew. Ezzellenz die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Zum ersten Male haben sich die christlich und

national denkenden Arbeiter zusammengefunden, um gemeinsam sozialpolitische Angelegenheiten zu beraten. Wir dürfen auf diese Veranstaltung mit Befriedigung zurückblicken. Wir glauben den Boden gesunden zu haben, auf dem ein ersprießliches Zusammenarbeiten der den verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien angehörenden Arbeiterorganisationen möglich ist.

Die auf dem Kongress versammelten Vertreter der über 600 000 Mitglieder zählenden Arbeiter- und Gehilfenorganisationen erkannten dankbar an, was durch die gesetzliche Sozialreform auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bereits geschehen ist. Die Versammelten vertrauen den Erklärungen, die Ew. Erzengel am 20. Januar 1903 im Reichstage gegeben haben, daß der Fortgang der Sozialreform nicht unterbrochen werden soll. Zugleich aber war der Kongress der Ueberzeugung, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den andern Volksständen und der damit verbundene Ausbau der Freiheit, wie sie durch die Erlasse unsres Kaisers vom Februar 1890 angeordnet wurde, noch nicht erfüllt ist. Die vaterländisch gesinnte Arbeiterschaft wünscht, daß das bestehende Koalitionsrecht gesichert und ausgebaut werde; denn die ungehinderte Vereinigung und Organisation ist notwendig, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern und dem Arbeiter die Mitwirkung an der Regelung derselben zu ermöglichen. Das Ziel hierbei soll nicht der Klassenkampf, sondern die Verständigung mit den Arbeitgebern auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung sein.

Ferner wird es von der Arbeiterschaft oft bitter empfunden, daß die bestehenden einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsrechte sehr oft der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und einer freien, kraftvollen sozialpolitischen Betätigung im Wege stehen. Ganz besonders ist dieses bezüglich der Beteiligung der Frauen an sozialpolitischen Vereinigungen der Fall. Da jedoch gerade die Frage des Arbeiterinnenschutzes ein so wichtiger Teil der Arbeiterbewegung ist, so ist die Mitwirkung der Frauen respektive Arbeiterinnen um so mehr zu wünschen.

Endlich bedarf die Rechtslage der Berufsvereine einer Reform. Die Berufsvereine wünschen, daß ihnen die Rechtsfähigkeit zwecks Sicherstellung ihres Vermögens in einer Form gegeben werde, welche ihren Bewegungsfreiheit nicht hindert.

Ganz besonders aber möchten wir Ew. Erzengel den dringenden Wunsch des Kongresses empfehlen, daß endlich der Verwirklichung der paritätischen Arbeitskammern im Sinne der Erlasse unsres Kaisers näher getreten werde. Der Kongress war einstimmig der Ansicht, daß solche Arbeitskammern ein Mittel zur Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sein würden.

Wir überbringen Ihnen anbei die gefaßten Beschlüsse und die Druckfassen des Kongresses. Die Männer der Arbeit, welche in Frankfurt versammelt waren, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, welche ihren Bestrebungen, die christlich und national denkende Arbeiterschaft zu gemeinsamer sozialer Friedensarbeit zu sammeln, entgegenstehen. Sie sind jedoch fest entschlossen, mutig und zuversichtlich auf der betretenen Bahn voran zu schreiten. Dazu ermüdet uns ganz besonders die warme Sympathie, die unser Kaiser dem Kongress zum Ausdruck gebracht hat, und die denkbare stürmische Begeisterung, mit welcher der Kongress die Kundgebung Sr. Majestät aufgenommen hat.

Wir versichern Ew. Erzengel, daß die deutschen Arbeiter, die uns beauftragt haben, ihre Wünsche zu unterbreiten, erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserm erlauchtem Kaiser und unserm deutschen Vaterland. Wir wollen dahin wirken, daß diese Gefühle nie erlöschen, und dahin streben, daß die sozialen Zustände in unserm Vaterlande so werden, daß die deutsche Arbeiterschaft sich glücklich und zufrieden fühlen kann.

Nach einer kurzen Erwiderungsrede des Reichskanzlers, die, wie gesagt, nichts versprach, als eine Prüfung der dargelegten Wünsche, unterhielt sich Erzengel wohl noch eine Stunde mit den sich darob noch mehr geehrt fühlenden Arbeiterführern und dann war die große Aktion verpufft. Es kann eben von den Arbeitern zur Regierung bittend oder fordernd kommen, wer will, sie macht sich für nichts verbindlich; sie kann das auch nicht ohne gegen die Wünsche des Unternehmer- und Scharfmachertums zu verstoßen.

Im Reichstag haben die Vertreter der besitzenden Klassen die Mehrheit; diese Mehrheit stemmt sich gegen jede ernsthafte Sozialreform und verlangt von der Regierung, jeden Anschein von Nachgiebigkeit gegen die Arbeiterforderungen zu vermeiden. Gibt sich aber die Regierung einmal den Anschein, als stehe sie bestimmten Forderungen der Arbeiter sympathisch gegenüber, dann fällt der ganze Unternehmerchorus über sie her, beschuldigt sie geheimer Arbeiterfreundschaft und droht mit Ministerstürzerei usw. usw. Dann muß die Regierung auf Kreuze kriechen und um gutes Wetter bitten, wie seinerzeit der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bötticher, hochheilig dem grollenden Kapitalistentropf versicherte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“

Jede Deputationsentsendung an die Regierung muß eine lächerliche Komödie bleiben, solange dieses Ministerwort noch Geltung hat. Und wer will behaupten, daß es heute außer Geltung sei? Crimmitschau ist der neueste Beweis dafür, daß das Unternehmertum sich auf die Regierungsmacht stützt. Wurde die Reichsregierung etwa nicht durch die Unternehmerparteien an der Ausführung der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 gehindert? Mit der Erfüllung dieser Erlasse wäre mancher Stein des Anstoßes beseitigt, wäre auch jedenfalls die Katastrophe in Crimmitschau und so mancher inzwischen vorhergegangene Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern vermieden worden.

Nein, nein — die Halsstarrigkeit des Unternehmertums will sich zu keinen Konzessionen bequemen und darum darf auch die Regierung, darf auch der Reichskanzler keine machen. Das ist den politisch geschulten Arbeitern längst klar.

Wollen aber die Führer der christlichen Gewerksvereine wirklich etwas erreichen — warum zwingen sie nicht ihre Protokollen, besonders die Zentrumsparthei, zu positiven Schritten in der Gesetzgebung des Reichs? Die Sozialpolitiker des Zentrums agieren im Tempo der Echter-nacher Springprozeßion — ein Schritt vorwärts, zwei zurück! Den sozialpolitischen Pfaffen muß also „auf Leder gekniet“ werden, wenn sie so die in den christlichen Gewerkschaften gekirrten Arbeiter an der Nase herumführen.

Und die Diplomatie Bülow's ist konform der Diplomatie dieser Pfaffen: Viel Worte um nichts! Zwei leicht zu erfüllende positive Leistungen — Zehnstundentag und Sicherung des Koalitionsrechts — würden unzählige Kämpfe und Reibungen zwischen Arbeitern und Unternehmern aus dem Wege räumen. Hat man aber diese seit langen Jahren von sozialdemokratischen Arbeitervertretern gestellten Forderungen im Reichstage nicht seitens der Regierung sowohl, als der Unternehmerparteien bekämpft?

Die christliche Gewerksvereinsdeputation hat am 13. Dezember nicht einmal um die Erfüllung des Teils der kaiserlichen Erlasse zu bitten gewagt, der eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter versprach. Warum nicht? Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir sagen, der Vortgang der Christlichen war eine zwischen den Führern der Christlichen und den die christlichen Gewerkschaften protegierenden Zentrumsführern einerseits und andererseits mit der Regierung verabredeter Geniestreich, der den freien Gewerkschaften Wind aus den Segeln nehmen sollte. O du kleingläubiges Geschlecht!

Mit dergleichen sozialpolitischem Gumbug kann man die dem Sozialistengesetz sowie allen vereinsgesetzlichen Bestimmungen entworfenen Arbeiter nicht irreführen; sie wollen Taten sehen, aber nicht solche wie in Crimmitschau. Gesetze, sozialpolitische Gesetze her zum Schutze der Arbeiter! Des Schwafelns ist es übergenug und in Zimmern der Minister kommen Gesetze zum Schutze der Arbeiter nicht zustande. Arbeiterdeputationen an Fürsten und Minister haben nicht den geringsten Wert, das haben alle derartige Aufführungen bis zum Ueberdruß den Arbeitern gelehrt.

Laßt Taten sehen!

Rundschau.

Verletzung des Kinderchutzgesetzes. Das Kinderchutzgesetz ist noch nicht in Kraft getreten und schon ist es verletzt worden und zwar durch keinen Geringeren als den Bundesrat. Dem Gesetz ist ein Verzeichnis derjenigen Betriebe beigegeben, in denen Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Der § 4 des Gesetzes, mit dem dieses Verzeichnis in Zusammenhang steht, bestimmt dann:

Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu unterlagen und das Verzeichnis abzuändern. Von dieser Vorschrift hat der Bundesrat durch einen Beschluß, der als Bekanntmachung vom 17. Dezember jenseits im Reichs-Anzeiger veröffentlicht wird, in einer Weise Gebrauch gemacht, die im höchsten Grade bedenklich ist und Konsequenzen haben kann, an die bei Erlaß des Gesetzes wohl niemand gedacht hat. Die Bekanntmachung lautet:

Auf Grund des § 4 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (Reichs-Gesetzblatt S. 113) hat der Bundesrat beschlossen:

Die Ausführung unter V Ulinea 5 des dem Gesetz angelegten Verzeichnisses erhält folgende Fassung:

Werstätten, in denen Blei, Kupfer, Zink oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden, mit Ausnahme von Werstätten, in denen ausschließlich eigne Kinder und diese lediglich mit Sortieren und Zusammenfegen von Uhrenbestandteilen beschäftigt werden.

Die hier von uns durch fetten Druck hervorgehobenen Worte sind die Abänderung gegen das dem Gesetz beigegebene Verzeichnis, das sonst für keine der durch dasselbe verbotenen Beschäftigungen eine solche Ausnahme für eigne Kinder zuläßt. Ein solches Abänderungsrecht an dem Verzeichnisse hat der Reichstag dem Bundesrat in keiner Weise zugestehen wollen. Das ist nicht eine Abänderung des Verzeichnisses, sondern eine Abänderung des Gesetzeswortes der §§ 4 und 12.

Der Bundesrat hat in vollständiger Verkennung des Inhalts der ihm eingeräumten Befugnis, den Ton auf die Worte „und das Verzeichnis abzuändern“ gelegt, während diese Worte in Wirklichkeit nur ein erläuterndes Anhängel für die Ausführung seiner Befugnis sind. Die materielle Befugnis des Bundesrats besteht einzig und allein in dem, was der erste Satzteil besagt: „Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere ungeeignete Beschäftigungen zu unterlagen“; die folgenden Worte bedeuten nur, daß die weiteren verbotenen Beschäftigungsarten in das Verzeichnis aufgenommen werden, sie bedeuten nicht, daß der Bundesrat aus dem Verzeichnis, das einen integrierenden Bestandteil des Gesetzes bildet, etwas entfernen darf und sie bedeuten erst recht nicht, daß der Bundesrat nach Willkür einen neuen Unterschied zwischen eignen und fremden Kindern konstruieren darf, den das Gesetz nicht kennt. Der Reichstag, dem die Bekanntmachung sofort nach seinem Wiederzutritt vorzulegen ist, wird darüber ein Wort zu reden haben.

Achtstundentag und Krankheitsstatistik. Als Wirkung der bei den städtischen Gaswerken in Stuttgart eingeführten Arbeitszeitverkürzung von zehn auf acht Stunden wird berichtet, daß sich seitdem bei diesen Arbeitern eine bedeutende Verminderung der Krankheitsziffer ergeben hat.

Den weiteren Ausbau der Gewerbeinspektion bezwecken zwei Anträge, die in der heftigen Kammer verhandelt wurden. Die Zentrumsabgeordneten Frenay und Genossen beantragten, die Regierung möge die Mittel in das Budget einstellen, um die Gewerbeinspektion entsprechend der wachsenden Aufgabe weiter auszubauen und insbesondere zur wirksamen Durchführung der Aufsicht Hilfsbeamte aus den Kreisen der Arbeiter einzustellen. — Die Sozialdemokraten Ulrich und Genossen verlangten, daß in allen Bezirken Assistenten und Assistentinnen aus den Kreisen der Arbeiter zur Verwendung und Anstellung gelangen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß zur Zeit eine Erweiterung der Gewerbeinspektion noch nicht angängig sei. Das Reichsgesetz über die gewerbliche Kinderarbeit werde eine weitere Anspannung der Kräfte der Gewerbeinspektion erforderlich machen, welcher möglicherweise durch Vermehrung der Beamtenschaft Rechnung getragen werden müsse. Wie sich die Verhältnisse dann gestalten würden, ließe sich zur Zeit noch nicht übersehen. Außerdem weist die Regierung darauf hin, daß Hessen im Vergleich mit den Zahlen der Betriebsrevisionen in anderen Reichsteilen seither die erste Stelle einnimmt. Den Kommissionsbeschlüssen, die dahin gehen, die beiden Anträge vorläufig für erledigt zu erklären, trat die Kammer bei. Aus Darmstädter Bauarbeiterkreisen ist der Kammer ein Entwurf eines Landesbaupolizeigesetzes unterbreitet worden, durch den die bestehende Baupolizeiüberwachung und berufsgenossenschaftliche Kontrolle dahin umgewandelt werden soll, daß bei den amtlichen Bauämtern praktische geschulte Arbeiter mit eingestellt werden. Diese Kontrolleure sollen, da sie das Vertrauen der Arbeiter besitzen müssen, von den in Frage kommenden Arbeitern gewählt werden. Die Bauarbeiter-Schutzkommission zu Offenbach hat sich in einer Resolution auf den Boden dieser Angabe gestellt. Dagegen fordert eine Vorstellung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Frankfurt, daß dem Gesuche der Petenten um Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen die gesetzliche Konfession versagt werde. Der Ausschußantrag, der die Regierung ersucht, eine allgemeine Verordnung zu erlassen, die in ihren wesentlichen Grundzügen dem unterbreiteten Entwurf entspricht, wird einstimmig angenommen.

Starke aber dumm ist das Scharfmachertum, das nichts gelernt und nichts vergessen hat, sonst schrie es nicht bei jeder Gelegenheit nach Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie. Die Statdebatte im Reichstage weitete sich zu einer Disputation über die Sozialdemokratie aus, in der der Reichskanzler, Graf Bülow, die naive Frage nach dem Zukunftsstaat aufwarf und dann gegen die Sozialdemokratie wetterte, gegen die mit aller Schärfe der Gesetze vorgegangen werden sollte. Als ob die Sozialdemokratie, die nach Gleichberechtigung aller strebt, nicht die muster-gültigste Partei der Gerechtigkeit wäre! Aber diese Anfeuerung der Behörden, die Sozialdemokratie sächsisch zu behandeln, genügt den Scharfmachern nicht, die lieber die Flinten schießen und den Säbel hauen ließen. Heutzutage ist es aber entschieden gewagter als im Jahre 1878, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu schaffen. Und geschähe es, dann würde es sicherlich weit schneller unwirksam gemacht, als das verordnete Sozialistengesetz. Das reaktionär-provokatorische Geschrei der Post und anderer Scharfmacherblätter macht uns darum nicht warm.

Proportionalwahlen für das Gewerbegericht. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Karlsruhe, die erstmals nach dem Proportionalwahlssystem stattfanden, wurden auf die Liste des Gewerkschaftskartells 2666 Stimmen abgegeben. Die Christlichen und Kirch- und Deutschen und evangelischen Arbeitervereiner hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt und brachten es auf 405 Stimmen. Von den 12 zu wählenden Besitzern entfielen 10 auf die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen Kandidaten und 2 auf die von den „nicht dem Kartell angehörigen“ Arbeiterorganisationen. Für die Wahl der Arbeitgebervertreter hatte das Gewerkschaftskartell ebenfalls eine Liste aufgestellt. Zwei der vorgeschlagenen Kandidaten wurden gewählt, während 10 auf die Vorschläge der Innungen und des Gewerbevereins entfielen.

Die vorläufigen Resultate der Berufsstatistik, die im Jahre 1900 in Oesterreich aufgenommen wurde, sind jenseits veröffentlicht worden. Danach sind im genannten Jahre in Oesterreich 14 107 452 Personen berufstätig gewesen. Davon entfielen auf Landwirtschaft 8 205 331, Industrie 3 138 731, Handel 1 035 451, öffentliche Dienste und freie Berufe 1 727 939. Die Zahl der nichttätigen Angehörigen belief sich auf 11 564 539. Detaillierte Angaben über die einzelnen Berufe wurden bisher noch nicht veröffentlicht, aber schon aus dem Vorliegenden ergibt sich, daß die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen fast dreimal so groß ist wie die Zahl der industriell Tätigen. Oesterreich ist demnach noch ein Agrarstaat.

Die Wahlen in Australien. In Australien haben jenseits die Wahlen zu den beiden Häusern der Commonwealth stattgefunden. Aus den vorliegenden Nachrichten ist zu ersehen, daß die Arbeiterpartei einen großen Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen hat. Das Bundsparlament wird sich nach den Wahlergebnissen ungefähr folgendermaßen zusammensetzen: Im Senat werden sein 8 Ministerielle, 13 Oppositionelle und 15 Angehörige der Arbeiterpartei gegen 12, 16 beziehungsweise 8 im letzten Senate; im Repräsentantenhaufe werden 27 Abgeordnete der ministeriellen, 26 der Oppositionspartei und 22 der Arbeiterpartei angehören gegen 32, 27 bzw. 16 in der bisherigen Zusammensetzung. Der Erfolg der Arbeiterpartei wird der Wahlbeteiligung der Frauen zugeschrieben, die fast alle, ohne irgend eine andre politische Rücksicht zu nehmen, für die Arbeiterpartei stimmten.

An die Tabakarbeiter Berlins und Umgegend.

Der im vergangenen Jahr zu Stuttgart stattgehabte vierte Gewerkschaftskongress hat die Generalkommission beauftragt, während der Tagung des Reichstages einen allgemeinen Heimarbeiter-Schutzkongress nach Berlin zu berufen. Es sollen die Mitglieder des Reichstags sowie die Reichsregierung hierzu eingeladen werden. Dieser Kongress soll nun im Monat März kommenden Jahres stattfinden und ergibt an alle Industriezweige, in welchen Heimarbeit stattfindet, die Aufforderung, sich an diesem Kongress zu beteiligen. Da nun im Tabakgewerbe in hervorragendem Maße Heimarbeit betrieben wird und für die Tabakarbeiter die Frage ganz besonders von Wichtigkeit erscheint, welche Stellung sie diesem Kongress gegenüber einzunehmen haben, so findet behufs einer Aussprache darüber eine große öffentliche Versammlung statt, welche für Dienstag, den 29. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr, zu Wille, Brunnenstraße 188, einberufen wird.

Es ergeht an sämtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen der dringende Ruf, sich zahlreich in dieser Versammlung einzufinden und ihr ureigenes Interesse in dieser Sache wahrzunehmen. J. A.: Karl Butry, Stralsunder Str. 41.

Berichte.

Achim. Am Sonntag, den 13. Dezember, fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Handhabung der Geschäfte der neu gegründeten Krankenkasse der Tabakarbeiter (freie Hilfsklasse) zum Schutze des Tabakarbeiter-Verbandes. Als Referent war auf Veranlassung der Bevollmächtigten des Vorstandsmitglied A. Faure-Bremer erschienen. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Es ist keine angenehme Sache, zu der heutigen Tagesordnung zu sprechen, handelt es sich doch um einen Kampf, der zwischen Krankenkasse und Verband auszufechten ist und wo vielfach ein und dieselben Personen in Frage kommen. Immerhin gebietet es das Interesse des Verbandes, in entschiedener Weise zu der Sache Stellung zu nehmen. Bekanntlich beliebt es dem Vorstand der Krankenkasse, die Unterstützung, welche von unserm Verband den Mitgliedern in Krankheitsfällen gezahlt wird, in einer Weise aufzufassen, als wenn sie von einer andern Krankenkasse, die gesetzlich zur Auszahlung von Unterstützungen verpflichtet ist, gewährt würde. Infolge dieser Auffassung suchte man dann kranken Mitgliedern vorzugeben, daß sie zu viel Unterstützung beziehen und in eine niedrigere Klasse der Krankenkasse gehen müßten. Die Folge von diesem Vorgehen war, daß sich bei den so Veratenen die Meinung breit machte, es sei besser, dem Verband den Rücken zu kehren, als in eine niedrigere Klasse der Krankenkasse zu gehen. Einem Mitgliede, welches infolge obiger Umstände erklärte, aus dem Verbande austreten zu wollen, wurde von dem Kollegen W. Eder, der Vorsitzender der Krankenkasse ist, gesagt, es müsse dann aber auch eine Bescheinigung beibringen, daß es wirklich aus dem Verbande ausgetreten sei. Hier tritt also klar zutage, daß der Vorstand der Krankenkasse direkt gegen den Verband arbeitet. Ob solches nun absichtlich oder aus unbegreiflicher Beschränktheit geschieht, läßt sich nicht mit Gewißheit behaupten; ich nehme an, daß in Betracht kommenden Personen an, daß eine Absicht nicht vorhanden ist. Fest steht aber, daß die ganze Handhabung der Geschäfte darauf hinausläuft, den Verband zu schädigen. Welche Gründe sind nun maßgebend, die den Vorstand der Krankenkasse veranlassen, in so verblendeter Weise vorzugehen? Zunächst hört man da sagen: Simulation.

Ich muß gestehen, daß ich die Ueberzeugung habe, daß mit diesem Worte sehr viel Mißbrauch getrieben wird. Die Kranken- und Krankenkassenmitglieder erblicken eben in jedem Kranken einen Simulanten. Die Reizung zu derartigen Meinungen wird erklärlich durch die Schwierigkeiten, die dem Bestehen einer freien Hilfskasse erwachsen durch die Gesetzgebung. Man hat gar keine Empfindung mehr für wirtschaftliche Arbeiterinteressen. Wenn nur die liebe, gute freie Hilfskasse, die bei der Geburt schon einem gebrochenden Greis ähnelt, erhalten bleibt. Schon viele Kranke hat man als Simulanten angesehen, die durch den baldigen Tod dann demonstrativ anklündigten, daß man auf falscher Fährte war. Ich habe die Auffassung, daß viele Mitglieder, die wirklich krank sind, sich nicht einmal krank melden, weil sie befürchten, dadurch ihre Arbeit zu verlieren. Wenn es auch wirklich einige Simulanten gibt, so ist die Sache doch lange nicht so schlimm, wie sie von den Krankenkassenrittern dargestellt wird. Im übrigen wird der wirkliche Simulant sich ebenfals krank melden, wenn er einige Mark weniger bezieht, als wie im umgekehrten Falle. Dann sorgt aber der Reiz, die Abgunst der Menschen dafür, daß durch die Berufskollegen eine nicht einmal angeordnete Kontrolle stattfindet, und somit das etwa vorhandene Simulantenverhältnis ziemlich festgestellt wird. Im übrigen steht fest, daß ein Kranker eigentlich mehr Einkommen nötig hat, wie ein gesunder Mensch, wenn er in der Lage sein soll, Maßnahmen zu treffen, die eine baldige Genesung herbeizuführen geeignet sind. Die Gründung der freien Hilfskasse für sich im war ein großer Fehler, vom Standpunkte der Arbeiter betrachtet, und zwar um so mehr, als man bereits vorher in einer Ortskasse versichert war. Es ist gar nicht zu verstehen, wie die Arbeiter dazu kommen, den Unternehmern das Drittel der Beiträge zu schenken. Wenn man glaubt, daß die Unternehmer sich schon in irgend einer Weise schadlos halten würden, so ist dem entgegenzusetzen, daß diese auf jeden Fall alles tun werden, um den größtmöglichen Profit zu erzielen. Eine rücksichtslosere Ausbeutung wie gewöhnlich wird man auch bei Zahlung des Drittels für die Krankenkasse nicht betreiben können. Würde man diesen Drittelbeitrag im Verband angebracht haben, so könnte man sich auch bei der Zugehörigkeit zur Ortskasse eine Hilfskassenunterstützung nicht nachhand. Ein großer Teil Kollegen war dann durch die Umstände gezwungen, dem Verbandsbeiträt, die solches bisher nicht für nötig hielten. Daß eine starke Organisation aber vieles für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen leisten kann, brauche ich hier wohl nicht besonders zu betonen. Wenn nun gesagt wird, die Ortskassen leisten zu wenig, so ist dies auch kein stichhaltiger Grund, denselben fernzulassen. Falls die Mitglieder die ihnen zustehenden Rechte nur ausüben wollen, so ist es möglich, die Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre auszubehnen. Nach Beendigung der Unterstützung kann für die Dauer eines Jahres Fürsorge für Melonvaldezenten getroffen werden. Auch läßt sich eine Wöchnerinnenunterstützung bis zu sechs Wochen einführen. Ferner können Einrichtungen getroffen werden, daß die Familien der Mitglieder freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel erhalten. Das Krankengeld läßt sich bis zu 1/2 des durchschnittlichen Tagelohnes erhöhen. Es muß demnach als höchst unbillig bezeichnet werden, wenn man unter den gegebenen Verhältnissen zur Gründung einer freien Hilfskasse schritt. Ich kann den Mitgliedern dieser Kasse nur empfehlen, daß sie in den Krankenkassenversammlungen für baldige Auflösung Sorge tragen. Vor allen Dingen stelle ich aber fest, daß der Vorstand der Krankenkasse kein Recht hat, die Verbandsbeiträge in irgend einer Weise auf die Unterstützung in Anrechnung zu bringen. Auch brauchen die Mitglieder der Krankenkasse in keine niedrigere Klasse zu zahlen, weil sie aus Verbandsmitteln ein Geschenk in Krankheitsfällen erhalten. Sollten trotz der heutigen Auseinandersetzungen unsern Mitgliedern Schwierigkeiten in der angebotenen Richtung gemacht werden, so ist es notwendig, gerichtlich vorzugehen, und wird den Betroffenen Rechtsschutz gewährt. Die Vorstandsmitglieder der freien Hilfskasse mögen bei ihren künftigen Handlungen aber daran denken, daß im Verband für sie kein Platz mehr sein kann, wenn sie diesem resp. den Mitgliedern Schaden zufügen. In der Diskussion erhält zunächst Beder, Vorstandsmitglied der Krankenkasse, das Wort. Derselbe betont, daß er mit diesem einverstanden sei, was Faure ausgeführt habe. Es sei nicht Absicht des Vorstandes, den Verband zu schädigen; jedoch müsse man dafür eintreten, daß die Bestimmungen der Krankenkassenstatuten zur Geltung kämen. Eine dieser Bestimmungen gehe nun dahin, daß kein Mitglied über eine bestimmte Unterstützungssumme hinaus beziehen könne, auch dann nicht, wenn von andern Versicherungs- oder Zuschußklassen Unterstützungen fließen. Wer nun aus dem Verbandsunterstützung bestche, müsse eventuell in eine niedrigere Klasse, damit über den statutarisch festgesetzten Satz nicht hinausgegangen würde. Es gäbe Mitglieder, die aus drei Klassen Unterstützungen beziehen und dadurch circa 30 Mark pro Woche erhalten. Dies sei zu hoch und fördere das Simulantenverhältnis.

Von verschiedenen Seiten wird in ähnlichem Sinne gesprochen; demgegenüber betonen andre Kollegen, daß es geradezu ein Skandal sei, wie von dem Vorstand der Krankenkasse mehrfach vorgegangen werde. Man redet stets von so hohen Krankenkassenunterstützungen, die, nebenbei erwähnt, nur von ganz einzelnen Personen eventuell bezogen werden könnten, erwähne aber nicht,

daß man sogar einer armen Widelmacherin, die die „horrende“ Summe von 10,50 Mark bezog, die gleichen Schwierigkeiten in den Weg legte. Diese war es gerade, die eine Bescheinigung bringen sollte, daß sie aus dem Verbandsverbande ausgetreten sei. (Beifällige Pfuirufe.)

Der Kollege Gerlach betonte unter anderm, daß es nicht zu leugnen sei, daß mit der Gründung der freien Hilfskasse ein Fehler begangen wurde. Was die Unterstützungen betreffe, so habe diese Kasse kein Recht, Verbandsunterstützungen in Betracht zu ziehen, weil der Verband keine Versicherungsanstalt sei. Wollte man solche Unterstützungen in Betracht ziehen, so wäre es auch notwendig, etwaige Zuladungen von Turn- und Kriegervereinen in Frage zu stellen. Die Verbandsunterstützungen seien ebenfals freie Zuladungen von Seiten des Vorstandes, wie solches bei den letztgenannten Vereinen der Fall ist.

Nachdem der Kollege Faure in seinem Schlußwort alle Einwendungen der Krankenkassenritter widerlegt und nochmals scharf betont hatte, daß die Verbandsmitglieder eventuell gerichtlich vorgehen sollten, wurde zu dem Punkt Verwaltungskosten geschritten. Nach längerem Hin- und Herreden fand ein Antrag Annahme, daß alle Vierteljahr die weiblichen Mitglieder 5 Pfg., die männlichen 10 Pfg. als Extrabeitrag zu zahlen haben. Diese Beiträge sollen neben den offiziell bewilligten Verwaltungskosten Verwendung finden. Mit der Sammlung statistischer Materials behufs Verwendung auf dem Heimarbeitertongress wurde die Ortsverwaltung beauftragt. Eine dreigliedrige Kommission wurde jedoch gewählt, die bei den Arbeiten behilflich sein soll.

Rippstadt. Am Sonnabend den 5. Dezember fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahllosen Vippstadt statt. Wie gewöhnlich waren nur die paar immer Kommenben anwesend. Es ist schon zu wiederholten Malen darauf aufmerksam gemacht worden, daß es im Interesse der Mitglieder liegt, nicht nur Beiträge zu zahlen, sondern in die Versammlung zu kommen und sich gegenseitig zu beraten und belehren. Aber beständig diese eifige, stumpfe Gleichgültigkeit! Woher kommt das? Will ein Soldat kriegstüchtig sein, so genügt es nicht, daß er in der Dienstrolle steht, er muß mit seinen Kameraden denken und fühlen, sechten und schießen lernen. Die jüngeren Mitglieder behaupten, der Besuch der Versammlung hätte für sie keinen Zweck, weil sie nicht stimmberechtigt wären. Es ist hiervon in unsern Statuten nichts enthalten; sind sie sich über das zu Bescheidende nicht klar, so enthalten sie sich der Abstimmung. Es liegt hierin aber kein Grund, die Versammlung zu meiden. Im Gegenteil, sie müssen bestrebt sein, die Bedeutung der bevorstehenden Angelegenheiten zu erfassen, um frühzeitig in der Arbeiterbewegung persönlich tätig sein zu können. Die heutige Wirtschaft- und Produktionsweise verlangt es. Man schließt sich auch vor Enttäuschung, Lug und Trug. Die älteren Mitglieder meinen, sie hätten keine Zeit und kein Geld. Aber die Versammlungen finden jeden Monat nur einmal statt. Sollte man da eine derartige Entschuldigung für möglich halten? Von den weiblichen Mitgliedern wollen wir nicht reden. Sie nehmen sich wahrscheinlich ein erhebendes Beispiel an ihren männlichen Kollegen. Nur das eine rufen wir ihnen zu: Auch für Euch sind die Versammlungen! Beschämt die männlichen Kollegen, die nur ihre Beiträge zahlen und andern das weitere überlassen. Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft steht böse aus! Belastung des Tabaks durch höhere Steuern und Zölle und die Verlegung unserer Industrie auf das platte Land, wo Schundblöde gezüchtet werden! Auch unsern Vippstadt winkt in nicht allzu weiter Ferne dieses Schicksal. Schon gewährt nur die Organisation. Diese Organisation erhalten wir zunächst in unsern Versammlungen. Gelobe sich jeder Kollege und Kollegin, die Versammlungen zu besuchen.

Zur Notiz!

Alle Zuschriften für die Nr. 1 des Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag, den 28. Dezember, mittag in unsern Händen sein, da der Druck dieser Nummer wegen des Neujahrstages früher erfolgt. Die Redaktion.

Die Bevollmächtigten bzw. Kollegen der einzelnen Zahlstellen werden gebeten, die noch rückständigen Beträge für ausgenommene Inzerate umgehend an uns abzuführen. Die Expedition, Seipzig, Laucher Straße 19/21.

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren. Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Marktstraße 18, II. Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Wir richten an die gesamten Bevollmächtigten die bringende Bitte, das Rechnungsjahr 1903 am 31. Dezember abzuschließen, die Abrechnungen für das 4. Quartal längstens am 2. Januar 1904 aufzustellen, prüfen zu lassen und an uns einzufenden. Bei sämtlichen Zahlstellen sind wir genötigt, Revisionen vorzunehmen zu lassen. Für Unterstützungen irgendwelcher Art sind im neuen Jahr Quittungsformulare, die schon im alten Jahre Verwendung fanden, nicht mehr zu benutzen. Es ist dies deshalb genau zu beachten, damit eine leichtere Kontrolle über die Unterstützungen, die im 4. Quartale 1903 gezahlt wurden, geführt werden kann. Eine ganz genaue Abschließung der Abrechnungen der einzelnen Quartale ist natürlich stets erforderlich. Es sei nun darauf hingewiesen, daß am 1. Januar 1904 die § 11 und 12 in Kraft treten. Demnach ist die Unterstützung an Erwerbsunfähige nach den neuen Sätzen auszuführen. (Siehe diesbezüglich § 11.) Siehe des weitern § 12, der von der Wöchnerinnenunterstützung handelt. Das auf den Namen Oskar Hüfner lautende Buch, Ser. III, 05400, ist als verloren gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzufenden.

An die Bevollmächtigten.

Der Vorstand beschloß in seiner letzten Sitzung, allen stehenden und gemahnten Verbandsmitgliedern, welche in der Weihnachtswache noch zu unterstützen sind, eine Extrastützung zu zahlen. Die Unterstützung soll für männliche Verbandsmitglieder 3.- Mk., für weibliche Verbandsmitglieder 2.- Mk. betragen. Die Bevollmächtigten wollen die Auszahlung besorgen. Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Hochhausen: Florian Hejmann als 1. Bev. Für Vegau: Rich. Fäder als Vertrauensmann.

Provisorisch aufgenommen sind:

Gerb. Heering aus Emmerich. (305) Albert Diener aus Elbrich, Gust. Schäfer aus Schwabe, Karl Ehbrecht aus Ebershausen. (253) Gerb. Reiners (J. A.), Joh. Schuchardt, Diedr. Wiedle, Frau Reiners geb. Schmidt, Frau Godert geb. Hartmann, Frau Godert geb. Behrens aus Bremen, G. Baumert aus Burgsteinfurt (J. A.), Frau Korre geb. Weige aus Peine (J. A.). (34) Frau Marie Eiß aus Gomade aus Dppeln. (320) Martin Haake aus Helmarshausen (J. A.). (154) Anton Kieck aus Niebue, Tor. Eista geb. Gorkly aus Tschelt. (294) Joh. Böhmert aus Blumenau i. Schl., Wilh. Kramer aus Neumarkt. (199) Fr. Horn aus Halberstadt, Anna Bührig aus Wernigerode, Emma Krauhold aus Gr.-Alteben. (365) Hans Belching aus Birna. (267) Ernst Bausch, Klara Keßler, Alma Saupe aus Bülzig. (280) Hedwig Bandow, Emma Kersten aus Schönlante. (308) Einwaise Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen. Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In Vegau: Bei Rich. Fäder, Culauer Straße 61b. An Wochentagen von 12-1 Uhr mittags und 7-8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11-1 Uhr mittags. In Würzburg: Bei Aug. Weyer, Wagnerstr. 13, II. (Grombühl). An Wochentagen zu jeder Tageszeit. An Sonn- und Festtagen von 1-2 Uhr mittags.

Adressenänderung:

Für Parahin: Der Bevollmächtigte E. Kochian wohnt jetzt Bleicherstr. 7.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!) In Groß-Ähden: Sonntag, den 27. Dezember, bei Gastwirt Söhnerpöhl. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte. In Lahn: Freitag, den 1. Januar 1904, abends 7 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vor-satzlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontraktoren 3. Verschiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte. In Weiskensfels: Sonnabend, den 2. Januar 1904, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Wahl der in Vor-satzlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontraktoren. 2. Verschiedenes. 3. A.: Der Bevollmächtigte. In Gannenberg: Sonntag, den 17. Januar 1904, nachmittags 2 Uhr, in Weyer, Arbeiter-Halle. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der in Vor-satzlag zu bringenden Verwaltungspersonen. 3. Besprechung über die Hausarbeit. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder von auswärts werden gebeten, ihre Beiträge zu begleichen. 3. A.: Der Bevollmächtigte.

Ich liefere billigst alle Bedarfsartikel und Roh-Tabake

(nur sicher brennend) zur Zigarren-Fabrikation. Erteile sachmännischen Rat.

J. G. EINERT Braunschweig.

Sumatra-Decke, Vollblatt, 2. Länge, 115, 120, 140, 200, 250 Pfg. — St. Feliz-Decke 125, 135, 150, 180 Pfg. — Weizlo-Anfarbeiter 125 Pfg. — Java-Deckblatt und -Umblatt 95 Pfg. — Para-Cuba-Umbl. u. -Einlage 110 Pfg. — Seedleaf-Umbl. 95 Pfg. — Domingo-Umblatt 80 Pfg. — St. Feliz-Einlage mit reichlich Umblatt 85, 87, 95 Pfg. — Sämtliche Tabake flott im Brand und von bester Qualität. Preise verzollt. Versand geg. Nachnahme.

Rich. Beermann Bremen, Nordstrasse 2.

Rohtabak-Handlung

in- und ausländische en gros en detail Grösste Auswahl! Billigste Preise! Jacob Hirsch jun. Mannheim a. Rh., P. 7, 1 Agentur u. Kommissionsgeschäft.

H. Edling, Bremen grösstes Tabak-Detail-Geschäft

empfehlst Sumatra Decke à 110, 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350 J. Sumatra Umblatt à 90, 95, 100, 110, 120 J. Java Decke à 140, 150, 170, 180, 200 J. Java Umblatt à 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 J. Einlage 75, 80, 85, 90 J. Brasil Decke à 130, 140, 150, 170 J. Brasil Einlage u. Umblatt à 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 J. Java u. Cuba à 100, 110, 120, 130 J. Savanna à 110, 120, 150, 200, 250, 300, 450 J. Weizlo à 110, 220, 260 J. Seedleaf Umblatt à 75, 80, 90, 100 J. Domingo Umblatt à 75, 80, 85, 90, 100 J. Iolen à 70 J. Carmen Umblatt à 75, 80, 85, 90, 100, 110 J. Iolen à 70 J. Segut, Einlage u. Umblatt, 70, 75 J. Gemischte Original-Tabake 80 J. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Junger, selbständiger Zigarrenmacher sucht eine saubere Wickelmacherin, die auch einige Nebenarbeiten mit verrichtet. Lohn nach Uebereinkunft, jedoch Minimallohn garantiert. Schriftliche Offerten sind zu richten an F. Salzwedel, Wernigerode a. S., Bobestrafte 7, IV.

F. Reil, Bremen Weizenkampfsstraße 187

Rohtabak-Handlung. Sumatra-Decke per Pfund 130, 150, 200, 215, 220 Pfg. usw. Gemischtes lofes Gut, gefund, bestehend aus nur überfeinerten Tabaken, als Einlage und Umblatt aufzuarbeiten, per Pfund 70 Pfg. Seedleaf-Umblatt per Pfund 75, 80 Pfg. Carmen per Pfund 70, 75, 80 Pfg. St. Feliz-Brasil per Pfund 75, 85, 90, 95, 100 Pfg. Domingo per Pfund 75, 90 Pfg. — Die Preise verstehen sich vorzollt ab Bremen.

Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Unter Brand! Vorzügliche Qualität! Sämtliche Utensilien z. Zigarrenfabrikation. Sehr große Auswahl von Formen in jeder Gattung zu Original-Fabrikpreisen. Heinrich Franck Berlin N., Brunnenstr. 185. Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Rohtabak! Carl Roland, Berlin SO. Kottbuser Straße 3a

empfehlst tabell. brennende Sumatra-Tabake, größte Deckkraft, per Pfund Mk. 1.60, 1.80, 2.30, 2.80, 3.30, 4.20. Leichtblättrige Java-Tabake, Einlage Mk. 0.95, rein Umblatt Mk. 1.10 u. 1.25. Hochfeine St. Feliz-Brasil Mk. 1.00, 1.20 u. 1.80. Vorstentanden, Decke Mk. 1.60 u. f. w. Versuch führt sicher zur Nachbestellung.

Zeugnis.

Der Unterzeichnete bezeugt, daß er durch die briefl. Behandlung der Anstalt Systeme von seinem Uebel (Ausfall des Hantelbeins am ganzen Körper, seit 17 Jahren bestehend) in kurzer Zeit gründlich geheilt wurde. Ruffin Stobelmann, Corcelles (Bezirk Münster, Bern), den 9. Juli 1903. Unterschrift beglaubigt: Em. Vicard, Maire. Adresse: Anstalt „Hygiène“, Glarus 134 (Schweiz).

Von Bremer Rohtabakhaus für Finsterwalde N.-L. u. Umg. eine mit der kleineren Kundschafft bekannte Persönlichkeit als Agent gesucht. Offerten unter W. an die Exped. dieses Blattes. Junger, solider Zigarrenarbeiter, der auf alle Fassons eingearbeitet ist und sich selbst gute Widel macht, sucht zum 31. Dezember lohnende u. dauernde Stellung. Offerten an E. Loska, Lieberose (Lausitz), Kottbuser Str. 10, erbeten.

Von Bremer Rohtabakhaus für Bünde L. W. u. Umg. eine mit der kleineren Kundschafft bekannte Persönlichkeit als Agent gesucht.

Offerten unter B. an die Expedition dieses Blattes. Ein junger, solider, praktisch gelernter Zigarrenmacher, völlig bewandert in allen geschäftlichen Verkehrs-Korrespondenzen etc., wünscht sich zu verändern. Stellung sofort. Gefällige Offerten unter H. K. an die Expedition dieses Blattes erbeten. Einige auf Handarbeit (Wenale) geübte Zigarrenmacher erhalten dauernde und lohnende Arbeit. Auskunft erteilt der 1. Bevollm. Georg Raab in Wunstadt.

Achtung!

Unserm Freund u. Kollegen Wilhelm Wendroth zu seinem am 25. Dezember stattfindenden Wiegensfest und gleichzeitig zu seiner Verlobung mit dem Fräulein Marg. Garbwig aus Schönlante ein 99999999 mal donnerndes Hoch! Die Tischkollegen.

Auftrag beantwortet. Logis und vollständige Kost beträgt in Kreuznach 10 Mark pro Woche. Briefkasten. Vereins-Inzerate müssen gekempelt sein. — Andre Inzerate sind vorher zu bezahlen. Bei Einbringung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben. G. A., Wunstadt 50 J. — F. E., Wernigerode 80 J. — Rich., Schönlante 80 J. — Kreuznach 80 J. — E. S., Berlin 4.80 A.

J. H. Koopmann, Bremen.

Aufbewahren. Achtung! Aufbewahren.

So lange der Vorrat reicht

empfehle von neuen Einkäufen, als ganz besonders preiswert, nachfolgende Sorten für die Weihnachtsfabrikation:

- 1500** Pfund **Havanna, Umblatt und Einlage**, hochfeine Qualität, leicht und woflig, tabellos in Brand, à 100, 110, 125 Pfg.
- 500** Pfund **Havanna, Deder**, Vollblatt, tabellos im Brand, à 4-50 Pfg.
- 1000** Pfund **Mexiko, Deder** (malottiert), volles, großes Blatt, vorzüglich im Brand, Geschmack und Farben, à 180 Pfg.
- 3000** Pfund **Java, Umblatt und Einlage**, Marke **Jadampon**, allerfeinste Qualität, leicht und woflig, schneeweiß am Blatt brennend, à 85 Pfg.; dieser Java ist wirklich zu empfehlen, weil derselbe seiner Leichtigkeit wegen im Verhältnis billiger ist, als Tabak für 70 Pfg.
- 2000** Pfund **Java, Umblatt**, flott im Brand, tabell. Blatt, à 90 Pfg.
- 2200** Pfund **Java, Deder**, G. D. B., 1., 2. und 3. Länge, à 110, 120, 130 Pfg.
- 1200** Pfund **Borneo, Deder**, setzt sofort schneeweiß an, sehr bedfäbig, à 150 Pfg.

Außerdem empfehle meine bekannten Sorten als: **Sumatra, Deder**, in allen Farben und Längen, à 110, 120, 130, 150, 160, 180, 200 bis 350 Pfg.; als ganz besonders empfehle eine 1. Länge Vollblatt, mittelhell, deckt unter Garantie mit 1 1/2 Pfund, à 200 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Vorstenland, Deder**, 140, 160, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Deder**, 120, 130, 140, 160, 180 Pfg. — **Brasil, Einlage und Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 75, 80, 90, 100 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 100, 105 Pfg.

Losgut in vorzüglicher Mischung, kerngesund, meist Umblatt, 75 Pfg. Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

ernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

* Hans Wittig, Bremen. *

Roh-Tabak

offerierte zu äußersten Preisen verzollt:

- | | |
|----------------------------------|--|
| Sumatra . . . per 1/2 kg 140-450 | St. Felix-Brasil . . . per 1/2 kg 85-200 |
| Java . . . " 1/2 " 80-175 | Seedleaf . . . " 1/2 " 85-100 |
| Mexiko . . . " 1/2 " 250-350 | Domingo . . . " 1/2 " 90-110 |
| Havanna . . . " 1/2 " 125-500 | Carmen . . . " 1/2 " 75-110 |
| Borneo . . . " 1/2 " 160-180 | Losgut, rein überf. " 1/2 " 75-85 |

Deutsche Tabake

- Pa. Elsässer Rebut per 1/2 kg 85, Pa. Bühlertaler per 1/2 kg 85, Elsässer Rebut, Umblatt und Einlage, per 1/2 kg 80.

Brandt & Sohn, Bremen

empfehlen als äußerst preiswert

- Sumatra, Deder**, 120, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 270, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt**, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120 Pfg. — **Java, Einlage**, 75, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Deder**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Deder**, 130, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut**, gemischte Original-Tabake, 80, 85 Pfg. Ferner empfehlen deutsche Tabake, prima Ware. — **Elsässer Rebut** 80 und 85 Pfg. — **Bühlertaler, Umblatt**, 85 Pfg.

Preise per 1/2 kg verzollt. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Carl G. Lahmann

Roh-Tabake

Bremen.

Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 195.

Erste u. einzige direkte Bezugsquelle für Berlin und die Provinz, daher konkurrenzlose Preise.

Billigste Rohtabak Reelle Preise. Bedienung.

für Detailverkauf und Postversand: Filiale Berlin N. 31, Brunnenstr. 152.

- Sumatra** in allen Sortierungen, Farben und Preislagen.
Java, sehr große Auswahl, von 85-250 Pfg.
Brasil von 100-275 Pfg.; alte, abgelagerte Ware.
Carmen, Einlage, Aufarbeiter und reines Umblatt von 80-130 Pfg.
Domingo, nur gute, gesunde Ware, von 90-125 Pfg.
Mexiko, Havanna, Märker, Pfälzer, Rebut.

Max Otto Hauptgeschäft und Engros-Verkauf: Berlin NO. 43, Neue Königstr. 6.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425, Brasil 188-280, Java 90-380, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125, Losgut, rein amerit., kerngesund (Aufarbeiter!) 80. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtswall 15.

Empfehle äußerst preiswert alle Sorten

Roh-Tabake

zur Zigarrenfabrikation, als: Sumatra, Java, Vorstenlanden, Havanna, Java-Cuba, Domingo, St. Felix-Brasil, Carmen, Seedleaf und Losgut etc.

Versand in Bahnkolli jeglicher Größe wie in Postpaketen nur unter Nachnahme! Preisnota gratis und franko.

C. Bathmann, Bremen.

Lager: Freibezirk und verzolltes Lager: Hintern Schütting 12.

E. Brinkmeier Bremen.

Sumatra

- Deli: Hochfeine, zarte 1. Vollblattlänge, ganz hell, ideal in Brand und Geschmack . . . Pfd. 365
 Deli: Eble, zarte 2. Vollblattlänge, hell . . . Pfd. 250
 Deli: Eble 2. breite Vollblattlänge, hellbraun . . . Pfd. 230
 Deli: Feine 1. breite Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 200
 Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 175
 Deli: Schöne 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 150

Vorstenlanden

1. Länge, Vollblatt, Ia. Deder Pfd. 140
Java
 Ia. Dejoek-Einlage mit Umbl. Pfd. 85
 Ia. reines Umblatt . . . Pfd. 110

Felix-Brasil

- Große, geböckte, sehr blattige Einlage . . . Pfd. 90
 Hochfeiner Deder, prima Brand und Geschmack . . . Pfd. 200
 Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage . . . Pfd. 115
Seedleaf, enorm preiswert
 Hochfeines Umblatt . . . Pfd. 100
 Umblatt und Einlage . . . Pfd. 85

Domingo

- Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100
Carmen, spottbillig
 Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100
 Umblatt mit Einlage . . . Pfd. 80

Mexiko

- Hochfeiner dunkler Deder . Pfd. 250
Losgut, besonders preiswert
 Aufarbeiter, enorm blattig, rein amerikanisch, kerngesund . Pfd. 75
 Preise verstehen sich verzollt. Postkolli gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

E. Brinkmeier, Bremen.

Rohtabak!

Größte Auswahl und billigste Preise! Garantiert flotter und sicherer Brand!

- Filialen in Berlin**
 im Norden: Brunnenstrasse 25
 im Osten: Koppenstrasse 9
 im Südost: Kottbuser Strasse 2.
Filiale in Sachsen
 Chemnitz: Brückenstrasse 19.
Filiale in Schlesien
 Ratibor: Jungferstrasse 11.

Emil Berstorff

Berlin C. 2
 Kaiser-Wilhelm-Strasse 39.

Jeder!

fordere sich sofort unsere neue Preisliste 22, muß unbedingt Jeder lesen. Enthält sämtliche Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die Zigarrenfabrikation!

Zufendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.

Jedes Façon stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

Größtes Rohtabak-Lager! Deutsche sowie amerikanische Tabake! Unstreitig erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen!

Preisen! Unstreitig ohne Konkurrenz! Besonders zu empfehlen:

- Sumatra Umblatt**, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1,05 Mk.
- Sumatra Umblatt, viel Decken** enthaltend, per Pfund verz. 1,30 Mk.
- Sumatra Stuchblatt**, leicht bedeckend, schneeweiß Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2,25 Mk.
- Sumatra, 2. Länge, Vollblatt**, hochfeine helle Farben, schneeweiß Brand, per Pfund verzollt 3,10 Mk.
- Gute Udermärker Einlage** à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.

Außerdem ca. 60 verschiedene Muster **Sumatras**. Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort Preisliste 22 ein.

L. Cohn & Co., Berlin N.
 Brunnenstrasse 24.
 Fernsprecher: Amt 8, Nr. 518
 Telegramm-Adresse: Formenoohn Berlin.

Wer offeriert entlaugten Stentudy

zur Zigarrenfabrikation zu wirklich äußersten Preisen! Gest. Offerten mit Handmuster Hochleben Nr. 100 (Thüringen) erbeten.

Daniel Eickhoff, Bremen 4.

Achtung! Berlin u. Umgegend!

Dienstag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

Große öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins bei Wille, Brunnenstr. 188 (Rosentaler Tor).

Tagesordnung:

1. Wie stellen sich die Tabakarbeiter Berlins zu dem im März nächsten Jahres zu Berlin stattfindenden Heimarbeiter-Schulungskongress?
2. Diskussion über diese Frage und Stellungnahme zu derselben ev. Wahl einer Kongress-Kommission.
3. Verschiedenes.

Bei der eminenten Wichtigkeit dieser Angelegenheit und deren bedeutungsvollen Tragweite erwarten wir die Beteiligung der Tabakarbeiter an dieser Versammlung, da deren ureigenstes Interesse hier in Frage kommt.

Im Auftrag vieler Kollegen:
Carl Butry, Straßender Straße 41, III.

Achtung! Rohtabak!

Empfehlen bei vorkommenden **Sumatra** pro Pfd. 1, 1.10, 1.20, 1.50, 2 bis 6 Mk. dem Bedarf in größter Auswahl in diversen Marken, Farben u. Längen. **Java**, ff. Qualität an Brand, 90 Pfg., 1, 1.10, 1.20 bis 2.60 Mk.

Besonders empfehlen als Ersatz für Havanna hochfeine **St. Felix-Brasil-Blätter**, RJP Cruz des Almas, pro Pfd. 1.15 Mk. — **Havanna**, feine leichte Einlage und Umblatt, per Pfd. 1.60, 1.80 Mk. — **Vuelta 2 bis 4 Mk.** — **Cuba** 1.60 bis 2.50 Mk. — **Seedleaf** 90 Pfg., 1, 1.10, 1.20 Mk., sowie **Carmen, Paraguay, Domingo, Mexiko, Kentucky** in jeder Preislage.

Zur Zigarren-Einlage, fertig zum Bearbeiten **Mexiko-Schnitt** per Pfd. 1.25 Mk. — **Geschn. Java und Brasil** 80 Pfg. — **Rein Brasil I** Mk.

Hengfoss & Maak, Altona-Ottensen.

Havanna-Blätter großblättrig, feine Qualität, 135 Pfg. verzollt.
Sumatra-Decke mattfarbig, gut deckend und brennend, 240 Pfg. verzollt.
S. Hammerstein Filiale
 Bertr.: Gustav Boy
 Berlin N., Brunnenstrasse 188.

Brandt & Sohn, Bremen.

Bir kaufen besonders preiswert und offerieren:
45 Ballen Deli-Kultur Ma/B/A2 . . . per 1/2 kg 1.60 Mk. verzollt
28 Ballen NLBT. Co/SDI Ranan . . . per 1/2 kg 1.80 Mk. verzollt
 Schneeweiß Brand. Deckkraft unter 2 Pfd.

Rohtabak! Rohtabak!

F. A. Gröschner Nachf., Delitzsch
 (gegründet 1871)
 offeriert nur originale, garantiert gesunde Tabake in allen Preislagen.

Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfahl
Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Föche b. Solingen.



Nur bei mir zu haben.
 Kronen-Diamant-Stahl M. 3.25
 Kronen-Silber-Stahl . . . M. 2.25
 Fertig zum Gebrauch mit Essl. Für jedes Stück wird garantiert. Streichriemen M. 1.- bis M. 1.80.
 Rasierpinsel, Rasierschalen à M. .50, Oelabziehlstein M. 2.50, Schärfrmasse M. .30, Rasierselbe M. .25, Rasier-Garnitur complet in I. Emil M. 8.-.
 Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko und umsonst.

Wir suchen noch eine leistungsfähige Fabrik. Preis: Mk. 17-25 und Mk. 30-40 bei Bezug von groß. Quantum. Nur erstklassige Fabriken mit nur modernen Fassons bitten um bemusterte auß. Offerte.

G. Schuster & Co., Nürnberg.

Daniel Eickhoff C. Strohmann

Bremen 4.
 Bremen, Tannenstr. 36
 empfiehlt alle Sorten

- Roh-Tabake.**
Sumatra in allen Längen u. Farben, tabelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 Pfg.
Havanna 250, 300, 450, 600 Pfg.
St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 Pfg.
Mexiko 150, 180, 200, 300 Pfg.
Vorstenlanden 150, 180, 220 Pfg.
Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 Pfg.
Seedleaf 90, 95, 100, 120 Pfg.
Domingo 80, 85, 95, 100, 110 Pfg.
Carmen 80, 85, 95 Pfg.
 Amerikanisches, gefundenes, blattiges **Losblatt** 75, 80, 85 Pfg.
 Für tabellosen Brand wird garantiert. Preise sind verzollt unter Nachnahme. Zahlungen nach Uebereinkunft.

H. Kurnicker

Berlin N. 54, Lothringer Str. 8, pt.
 empfiehlt **Roh-Tabak** zu anerkannt billigen Preisen.

Rohtabak.

Decke Nr. 5010
 feindbraun, reinfarbig, 2. Länge Vollblatt, unter 1 1/2 Pfund deckend à Mk. 2.00 verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.
 Größtes Lager in Wickel-Formen.

W. Hermann Müller
 Berlin O.
 Alexanderstr. 22.

Erlösung.

Wieder rückt Weihnachten näher im Kreislauf des Jahres. Nur wenige Tage trennen uns von der Ruhe und der Erholung der Festtage. Aber wohl selten ist einer von uns des Weihnachtsfestes recht froh geworden, wenn er versucht, seinen Sinn und seine Bedeutung tiefer zu fassen. Das „Friede auf Erden“ und der „Schill in die sozialen Nöte und Kämpfe der Gegenwart“ sind im. Es klingt wie Hohn, dies Wort noch heute aufzusagen. Eine Verheißung, die Glauben verdient. Oft schütteln uns gerade zu Weihnachten der Grimm über die jämmerliche Heuchelei, die mit jenem Worte getrieben wird, es geht uns, die Kammhauer sagt: „Da eskelte mich der fromme Sang. Der der Verheißung lügnertischen Klang. So lodend mir zu Vergeh sag.“ Empörung und Mut über den Jahshundertalten Trug der Verheißung ist oft die einzige Weihnachtsstimmung, wenn einer überhaupt sich ernstlicher Mühe gibt, den Sinn des Festes zu fassen.

Und doch sollte uns jene alte Weihnachtshoffnung ehrwürdig sein; denn auch in ihr steckt letztlich nur ein Stück vom dem Feuer, das auch uns erwärmt. Wir hören ja nicht mehr Engelschritte und Verheißungen vom Himmel herunter in jenen Worten, wir hören nur die Menschen, die solche Stücke gedichtet haben, und diese Menschen sind in nicht viel anderer Lebenslage gewesen als wir. Es ist die Hoffnung der Pervertierten und Gequälten, die aus ihnen spricht. Freilich, diese Hoffnung hat eine andre Form, als unsre: sie ist auf das Jenseits gerichtet, sie erwartet alles von der Gnade und der Hilfe eines überweltlichen Gottes und nichts von eigener Organisation und Kraft. Aber eine Zeit, die von den Gesetzen der Natur und der Menschheitsentwicklung noch nichts kennt, die alles, was sie erlebt, hinnehmen muß als unabänderliches Verhängnis und Schicksal, dessen Ursachen sie nicht kennt, eine solche Zeit kann den Gedanken bewußter Organisation der menschlichen Gesellschaft noch nicht fassen. Sie müßte versinken, wenn sie den Glauben an einen Ausgleich im Jenseits, an einen „gnädigen“ Gott, an eine zukünftige Erlösung aus aller Not nicht haben dürfte. Das Leben müßte ihr unerträglich gewesen sein, wenn sie die halbe Würdigung des religiösen Glaubens nicht gehabt hätte. Er war das Mittel, durch das auch die Armen und Gerungen Selbstbehauptung, Selbstachtung sich erhalten konnten. Vor der „Welt“ waren sie nichts, beiseite geschoben, überfordert, niedergedrückt; aber in ihren Seelen hatten sie den Glauben, daß gerade darum der Vater im Himmel sich ihrer annehmen werde, daß er sie erwählt, begnadet, seiner Offenbarungen gewürdigt habe. In diesen Hoffnungen und Offenbarungen lebten sie; sie wußten ihnen als Schutzmittel im Kampf ums Dasein, wie der Schildkröte das Schild wächst und dem Tiger die Krallen. Mag das Christentum schließlich die Religion der Kaiser und Bischöfe und Grafen und Oberbürgermeister geworden sein, in seinem Anfang war es die Selbstverteidigung der Pervertierten; Dorfhandwerker, Fischer, Kleinbauern und Bäuerinnen, Sklaven waren seine ersten Befenner. Es ist die weltgeschichtliche Tat der Armen, daß diese Religion die Welt gewann. Darum dürfen wir ihrer Hoffnung nicht kalt und höhnend gegenüberstehen. Sie ist doch im Grunde dasselbe, was uns zum Sozialismus führt.

Freilich ist's für uns unmöglich, denselben Ausweg zu wählen, den die Jahrtausende vor uns gehabt haben. Es gibt kein „Jenseits“, es gibt keine Auferstehung, es gibt keine übernatürliche göttliche Kraft, auf die wir uns verließen könnten, es gibt nur die Wirklichkeit, in der wir leben, die Entwicklung des Weltalls, der Erde, der Menschheit, die unsre Wissenschaft uns immer besser erkennen lehrt. Und diese Wirklichkeit ist Not, Armut, Unwissenheit, Krankheit für die gewaltige Masse der Menschen und ein Sonnenstrahl Glück nur für die wenigsten. Damit taucht das alte, durch die Jahrtausende gehende Gespenst wieder auf, die Frage: muß das so sein? Die alten Zeiten suchten Vergessen dieser Frage in der übernatürlichen Welt, weil sie keine andre Antwort hatten als Ja. Wir können das Beiseiteschieben nicht mehr fortsetzen; wir sehen die Frage nicht vor die Reichlichen, sondern vor die Gequälten selbst hinstreten mit dem grausigen Wort: Was ist der Sinn eurer Qual? Müßt ihr gequält sein? Es wäre zum Wahnsinnigwerden, wenn die Gequälten antworten müßten: Ja! Es wäre ein einfaches Zermalnen aller menschlichen Sehnsucht, aller geistigen Reime, aller sich regenden Gefühle, wenn wir unabänderlich an dies Verhängnis gebunden wären. Dann wäre alles geistige Leben, alles Reimen und Hoffen in den unteren Klassen umsonst; dann bliebe ihnen nur ohnmächtige Verzweiflung und ein möglichst rasches Ende.

Über das ist ja eben die große Erlösung, die wir erleben, daß wir erkennen, daß heute kein unabänderliches Schicksal mehr die Armen in die Armut stößt, sondern daß Armut, Arbeitslosigkeit, Enge und Jammer auf Organisationen beruhen, die wir erkennen und die wir ändern können. Das Menschengefühl hat sich herausgearbeitet aus der Nähe der Affen und Halbaffen bis zu der Stelle, wo es heute steht. Die Räume der Enterbten sind in diesem Prozeß an ihrer Stelle ebenso wichtig gewesen, wie die Taten der Erfinder, der Gelehrten oder der Eroberer; die Räume der Enterbten haben die Religion unserer Kultur bestimmt, wie die Arbeiten der andern ihre Wissenschaft, ihre Kunst und ihre Technik bestimmt haben. Und heute ist wieder der Wille der Enterbten die große Triebkraft, die alles vorwärts schiebt; die Selbstachtung der Pervertierten, die Fähigkeit, daß sie ihre Menschenwürde nicht verlieren wollen in allem Druß, die Selbstbehauptung der Niederen ist die Quelle, aus der die soziale Bewegung fließt, die die Zukunft beherrschen wird. Das geschichtliche Selbstbewußtsein der Niederen darf groß sein; denn ihre Fähigkeit, ihr Lebenstriebe hat das Größte in der Geschichte getan.

Wir sagten, daß diese Erkenntnis eine Erlösung ist, und wir wählten das Wort mit Bedacht. Sie gibt dem Armen, der nicht mehr an Gott glauben kann, das wieder, was er sonst unrettbar verlieren müßte: eine Lebensaufgabe, für die es sich verlohnt, zu leben, einen Lebensinhalt, der größer ist als der einzelne schwache Mensch, der ihn trägt. Früher lag das Selbstbewußtsein der Armen darin, daß sie von Gott erwählt seien; heute liegt es darin, daß sie eine geschichtliche Bedeutung haben, daß ihre Fähigkeit, ihr Opfer, ihre mutige Organisation für die Entwicklung der Menschheit einfach nötig ist. Das Christentum war eine Erlösungsreligion, weil es den Menschen den Glauben gab, daß sie für den Vater im Himmel eine wertvolle Sache seien; das neue Selbstbewußtsein, das daraus floß, die neue Achtung, die sie vor sich als unsterbliche Seele und als Begnadeten Gottes hatten, das war die „Erlösung“, die sie erlebten. Aber auch die sozialistische Hoffnung, wo sie ernstlich ist, hat die Kraft zur Erlösung; auch sie gibt eine neue Art der Selbstbeurteilung, auch sie gibt neues Selbstgefühl, neue Achtung vor dem eignen Wert, weil sie neuen Lebensinhalt gibt, Mitarbeit an Zwecken und Zielen, die größer sind als wir selbst.

Zu Weihnachten wird in den Kirchen ein altes Wort gelesen: „Das Volk, so im Finstern wandelt, sieht ein großes Licht, und über die, die da wohnen im finstern Lande, scheint es hell.“ Das Wort stammt aus einem Lied des Propheten Jesaja, weit über 700 Jahre vor Christi Geburt. Es galt zuerst den Gegenden, aus denen die Assyrer im Jahre 734 einen beachtlichen Teil der Israeliten fortgeführt hatten: sie liegen jetzt in Syrien und Kammer, aber sie sollen Freude haben;

denn die Entführten wird Gott zur Heimat wieder zurückbringen. Diese Hoffnung hat den Propheten betrogen. Jene ersten Deportierten sind spurlos verschwunden im Gemenge der andern Völker; keiner von ihnen hat das Land der Väter wiedergesehen. Aber trotzdem ist das Wort ein Ausdruck geworden für allen Trost, für alle Aufrechterhaltung, für alle neue Selbstbelebung, die die Gedrückten des Lebens erfahren. So hat es das Christentum übernommen, um seine eigne ursprüngliche Stimmung damit zu bezeichnen. Aber das Wort paßt auch für uns: „über die, die da wohnen im finstern Lande, scheint es hell.“ Die, die den Gram und die Not kennen, die mit dem Fernig rechnen müssen und die die nächste Krisis auf die Straße werfen kann, deren Leben in Enge dahingieht, die keinen freien Luftzug der Berge merken: die sehen ein großes Licht, in die fährt ein neuer Gedanke, die bekommen neuen Trost, neuen Wert, neue Belebung, sie sind nicht mehr die Enterbten, sondern die Schaffenden, ihr Wille weist der Menschheit neue Bahnen. Es gibt kein schöneres Wort als jenen alten Prophetenspruch, um die Erlösung zu bezeichnen, die wir in der sozialistischen Hoffnung erleben!

Die Arbeit des Alltags fragt nicht nach solchen Stimmungen. Sie muß gemacht werden, ob man dabei groß von sich denkt oder klein. Auch die täglichen Anforderungen des politischen Kampfes gehen ihren Weg, und die Kleinarbeit der Organisation fordert Besuche, Flugblätterausstragen, Listenführen, Werbung in der Werkstatt und zu Hause, Abreden und Beiträge einziehen. Auch sie fragt nicht, ob wir die Arbeit mit großen Gedanken machen oder mit gar keinen; sie will einfach gemacht sein. Aber Lust schöpft unsre Seele nur, wenn wir manchmal stillhalten und fragen: warum und wozu? Nicht jeden Augenblick kann das große Gefühl unsrer Selbstachtung uns neu überwältigen. Es ist ein Gesetz aller tieferen Stimmungen, daß sie abebben und in den Sand des Alltags verlaufen. Aber von Zeit zu Zeit müssen wir sie neu entdecken, müssen sie uns neu überfallen, als seien sie eben erst gefunden, sonst werden wir innerlich arm und flach. Kein Mensch kann jeden Augenblick seine höchsten Gefühle erleben; aber es soll kein Mensch seine Arbeit dauernd ohne höhere Gefühle tun, sonst ist er selbst nichts anderes als eine Maschine oder ein Zughund vor dem Karren. Je öfter wir die große Aufgabe bedenken, die vor uns liegt, je öfter wir den Wert empfinden, der uns darin gegeben ist, daß wir solch einen Lebenszweck uns wählen können, um so tiefer und treuer werden wir werden, um so stärker werden wir die stilkliche Beziehung empfinden, die jede große Aufgabe und jede höhere Selbstachtung enthält.

Darum sollte auch der Sozialismus nicht ohne Feiern sein.

1903.

Ein Rückblick.

Wie jeder Geschäftsmann, sei er ein Kaufmann oder sonst ein Industrieller, am Schlusse seines Geschäftsjahres die Bilanz zieht, wie er nachrechnet, ob er mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat, so ist es auch die Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen, am Schlusse des Jahres einen kurzen Rückblick zu werfen auf das vergangene Jahr, um aus den Erfolgen und Niederlagen zu lernen, für die Zukunft. Schroffer, denn je zuvor, stehen sich am Schlusse des Jahres die beiden feindlichen Klassen gegenüber. Hier Kapital, hier Arbeit, das ist das Feldgeschrei unsrer Tage. Kampf war die Lösung, als das Jahr seinen Lauf begann, von Kampf hallt es wieder, da es nun endet. Jahrelang hatte die wirtschaftliche Krise auf Deutschlands Industrie gelastet. Die Organisationen der Arbeiter hatten alle ihre Kräfte einzusetzen, um den überhandnehmenden Verschlechterungen der ganzen Lebenslage der Arbeiter standhalten zu können und um die in den Zeiten der guten Konjunktur errungenen Positionen zu verteidigen. Nun, wie schon am Schlusse des vorigen Jahres konstatiert werden konnte, haben sich die Organisationen der Arbeiter dieser ihnen während der Krise zufallenden Aufgabe völlig gewachsen gezeigt. Der selbst von ihnen gefürchtete Mitgliederverlust ist nicht eingetreten, im Gegenteil war eine Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Stärker, und was noch mehr besagt, gefestigter denn je sind sie aus der Krise hervorgegangen.

Kein Wunder war es, daß nun die Arbeiter danach trachteten, bei dem Einsetzen einer ihnen günstigeren Konjunktur die ihnen in den Zeiten der wirtschaftlichen Depression hin und wieder doch entrisenen Positionen wieder und, wenn möglich, auch neue hinzugewinnen. So standen denn noch bei dem Antritt des neuen Jahres 4000 Weber in dem sächsischen Städtchen Meerane im Kampfe gegen ein profitierendes Unternehmertum. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands hatte ihnen ein Weihnachtsfest bereitet, wie wenige wohl zuvor sind gefeiert worden. Fast ein Vierteljahr befanden sie sich schon im Kampfe und noch war kein Ende herbeizusehen, als endlich im Januar des neuen Jahres der Streik ein für die Arbeiter günstiges Ende fand.

Eine im März vom Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven infizierte Massenentlassung von Mitgliedern des Gasenarbeiterverbandes hatte wohl den augenblicklichen Erfolg, daß 2000 Arbeiter dem Verband den Rücken kehren mußten. Aber was der Norddeutsche Lloyd erreichen wollte, Vernichtung der Organisation, ist ihm nicht gelungen. Am Schlusse des Jahres mußte der Gasenarbeiterverband sogar an genanntem Orte infolge der bedeutenden Mitgliederzahl einen besoldeten Beamten anstellen. Eine Illustration zu dem Sprichwort von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Die Maßregelung eines Arbeiters bei der Firma Schäffermayer u. Hans in Iserlohn führte zum Streik bei genannter Firma. Dem neugegründeten Unternehmerverband für Iserlohn gab dieser Streik das gewünschte Signal zur Aussperrung. 4200 Arbeiter warf er am Vorabend des Ostertags aufs Straßenpflaster. Fast zu gleicher Zeit gab eine über zwei Fabriken verhängte Sperre den willkommenen Anlaß, 6000 Arbeiter der Birnmasener Schuhfabriken auszusperrten. Nicht um Lohnfragen drehte sich der von dem Unternehmertum frivol heraufbeschworene Kampf. Schon längst waren die Arbeiterorganisationen dem ausbeutungslüsternden Unternehmertum ein Dorn im Auge, ihre radikale Vernichtung suchten sie durch diese Gewaltmaßregeln zu er-

reichen. Auch ihnen ist es nicht gelungen, die Organisation zu vernichten. Durch das ganze Jahr hindurch ziehen sich die Gewaltakte einer terroristischen, profit hungernden Unternehmertum, die Massenausperrungen der Berliner Metallarbeiter, der Bremer Bauarbeiter usw., sie sind der sprechendste Beweis des tobenden Klassenkampfes.

Doch dem Unternehmertum in Crimmitschau und Meissen war es vorbehalten, das Jahr würdig in ihrer Art zu beschließen. Hier 8000 Arbeiter, die zum Teil ein ganzes Menschenalter in den Betrieben beschäftigt waren, rücksichtslos aufs Straßenpflaster zu werfen, dort Hunderte von Arbeitern angehts des Weihnachtsfestes, dem Fest der Liebe, frivol ihrer Existenz berauben, trotzdem sich dieselben, vertrauend auf das Wort der Unternehmer, den empörenden Zumutungen derselben gefügt hatten. Kann man sich etwas Empörenderes denken? Müßten nicht diese Vorkommnisse auch dem allerchristlichsten Arbeiter, dem allgeduldigsten Gewerkschaftsmitglied die Augen öffnen, müssen sie ihm denn nicht zeigen, was er von der ihm von falschen Freunden vorgegaukelten Harmonie von Kapital und Arbeit, von christlicher Nächstenliebe im heutigen christlichen Staat zu halten hat? In diesen beiden Fällen von Crimmitschau und Meissen spiegelt sich die ganze heute herrschende Gesellschaft wieder. Ausbeutung und Knechtung, ehrlose treubruchartige Handlungsweise verbunden mit brutaler Rücksichtslosigkeit, das ist die Moral der herrschenden Klassen. Staat und Behörden sind bereit, wenn die Unternehmertum verfaßt, mit Staatsmitteln die arbeitende Klasse unter das Joch zu zwingen.

Echt sächsisch ist auch das Zuchthausurteil, welches 13 Arbeitern 14 Jahre Zuchthaus und 17 Jahre Gefängnis einbrachte, nur weil sie sich bei dem, aus Anlaß des Bromberger Bauarbeiterstreiks, hervorgerufen durch einen Transport Arbeitswilliger, stattgefundenen Pravall beteiligt hatten. Würdig des heutigen Staates sind auch die Breslauer Urteile, und es ist wohl wert, ihrer am Jahreschlusse zu gedenken. Maurer Machate, der einem Unorganisierten auf die Zehen getreten haben soll, 1½ Jahre Gefängnis; Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, Peifer, wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen drei Monate Gefängnis; Zimmerer Schmidt ebenfalls drei Monate wegen Verurteilung, weil er einem auf einem gesperrten Bau arbeitenden Zimmerer zurief: „ich werde das in der nächsten Versammlung bekannt geben“; Zimmerer S. neun Monate Gefängnis, weil er nach einem Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen haben soll. Dafür diese harten Strafen gegen Arbeiter, während man von Verurteilungen von Unternehmern nichts hört.

Nebenher läuft das Bestreben, den Arbeitern das sowie bloß auf dem Papier stehende Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Fast jeder Streik und jede Aussperrung zieht einen wahren Mattenkönig von Prozessen nach sich. Angesichts dieser entwürdigenden Zustände mag es der oberste Beamte des Reichs, von Rechtsgleichheit im heutigen Staate zu sprechen! Nun, das Volk hat ja am 16. Juni gezeigt, wie es über die Rechtsgleichheit denkt, und die Klassenbewußte Arbeiterschaft wird auch ferner dieser Sozialpolitik die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben, sie wird dem herrschenden System auf die im Juni beigebrachte Niederlage neue folgen lassen.

Alle diese Kämpfe, alle diese Verfolgungen haben das Wachstum der Arbeiterbewegung nicht beeinträchtigen können: stärker und mächtiger denn je steht sie am Schlusse des Jahres da. Eine glänzendere Bestätigung des von den freien Gewerkschaften geführten Kampfes, als das vergangene Jahr sie gibt, kann es nicht geben.

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, so wird es von allen Kanzeln der Kirchen am Weihnachtsfest verkündet, von den Kanzeln der größten Dome sowie auch des ärmlichsten Dorfkirchleins, verkündet von den Priestern, die sich als Stellvertreter ausgeben für denjenigen, der einst dem Volke zurief: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!“ Heute werfen christliche Unternehmer christliche Arbeiter im Angesicht des Friedensfestes der Christenheit aufs Straßenpflaster. Wer nicht für mich ist, der ist wider mich, sagte Christus, und wer nicht für die, den wahren Frieden und die wahre Volkswohlfahrt erkämpfen wollenden freien Gewerkschaften ist, ist ein Feind der arbeitenden Massen, ein Helfer der Kapitalistenklasse.

An den Mitgliedern der Gewerkschaften aber liegt es, den christlichen Aposteln gleich, hinauszugehen in die Städte und Dörfer, aufzurütteln die uns noch Fernstehenden, sie gewinnen und zu überzeugten Anhängern unsrer Verbände zu machen, damit auch am Schlusse des Jahres ein Wachstum konstatiert werden kann; denn jedes neue Jahr ist eine Etappe auf dem Wege zum Ziele. Von Jugend auf an den Kampf gewöhnt, täglich den schweren Kampf ums Dasein kämpfend, blicken wir auch den neuen Kämpfen im neuen Jahre ruhigen Auges entgegen! Sind wir doch dessen bewußt, daß einst der Tag kommen wird, wo aller Klassenkampf, aller Massenhaß verschwinden wird, wo Frieden auf Erden einziehen wird, wo die Menschheit nicht mehr ihre Kräfte dazu mißbraucht, um sich gegenseitig zu unterdrücken, zu knechten und auszubeuten, sondern wo sie dieselben benutzen wird, um in einem edleren Wettstreit das Beste für die Allgemeinheit zu schaffen, wo dann freie und glückliche Menschen werden wohnen auf einer freien deutschen Erde.

Kein Jenseits kann den Retter senden,
Den Christ säugt jede Mutter groß,
Erkämpfen muß mit eignen Händen,
Die Menschheit sich ihr irdisch Los.

Eingedenk dieses Dichtersworts Ludwig Pfau werden auch wir Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats den Kampf im neuen Jahr aufnehmen gegen Knechtschaft und Ausbeutung in jeglicher Gestalt, für unsre Existenz, für Freiheit und Volkswohlfahrt.

Darum Glück auf zum neuen Jahre!
Vorwärts zu neuem Kampf!

Gewerkschaftliches.

Altena. Zugang nach Meissen ist wegen Maßregelung und Lohnabzug streng fernzuhalten.

Hannover. Achtung, Zigarettenarbeiter! Der Zugang nach hier ist fern zu halten. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Zigarettenarbeiter befinden, wollen dieselben aufmerksam machen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Löbau. Bei der Firma Karl Lätich ist ein Ausstand ausgebrochen. Maßregelung und Lohnabzug ist die Ursache. Zugang ist strengstens fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Meissen. Bei der Firma Arning in Hferlohn bestehen Differenzen. Zugang ist fernzuhalten. Ueber die genauen Verhältnisse erteilen der Vorstand in Bremen sowie der Bevollmächtigte in Altena i. Westf. bereitwillig Auskunft. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Verlinghausen. Da hier schon seit Jahresfrist Lohndifferenzen bestehen, ist der Zugang nach hier fernzuhalten.

Vielefeld. Bei der Firma Joh. Pf. Colbrunn Ww., sind Differenzen ausgebrochen. Zugang nach hier ist fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Erfolgreiche Agitation. Wie uns von kompetenter Stelle mitgeteilt wird, zählt der Deutsche Tabakarbeiterverband in Dresden zurzeit über 1300 Mitglieder. Es ist dies die höchste Zahl, die je eine Mitgliedschaft des Verbandes hatte, und zeigt, wenn man in Betracht zieht, daß Dresden am Schlusse des II. Quartals 1903 nur 457 Mitglieder zählte, daß trotz der erhöhten Beiträge ein Wachstum der Mitgliederzahl möglich ist. Wahrscheinlich ist dies Wachstum zum Teile den Neueinrichtungen im Verbandszweck, während es andererseits der rastlosen Tätigkeit der Kollegen in Dresden zu danken ist. Hoffentlich trägt die Unermüdllichkeit der Dresdner Kollegen weitere Früchte und dient den Kollegen allerorts als nachahmenswertes Beispiel.

Die „positiven“ Leistungen der Girsch-Dunderianer. Den Erfolgen der modernen Gewerkschaften gegenüber verweisen die Girsch-Dunderianer Gewerkschaften gern auf das, was sie „positives“ für ihre Mitglieder leisten. So veröffentlicht der Gewerkschaftsverein der Schneider im Bericht-Erstatte eine Aufstellung der Leistungen, die er für Rechtschutz, Notstands-, Meise-, Arbeitslosenunterstützung usw. und für Bildungszwecke und Sachunterstützung aufbrachte. Die Gesamtsumme für diese Leistungen beträgt 67 629 Mark. Diese Summe wurde aber nicht in einem Jahr, sondern in der Zeit von 1870 bis 1903, also in 32 Jahren aufgebracht! — Der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Verband der Schneider brachte dagegen im letzten Geschäftsjahre (1902), also in einem Jahre, 88 939.65 Mk., d. h. 21 000 Mark mehr für dieselben Zwecke auf! 67 629 Mark in 32 Jahren und 88 939.65 Mark in einem Jahre. — Es sieht sehr dünn aus mit den „positiven“ Leistungen bei den Girsch-Dunderianern!

Warnung. Unter dem Namen Verein Arbeiterheim für den Egerer Handelskammerbezirk wendet sich eine in Falkenau in Böhmen bestehende Organisation an die Parteipresse um Unterstützung. Von unsren Falkenauer Parteigenossen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier um ein ausgeprochen parteigenossenschaftliches Unternehmen handelt. Auch in der Wiener Arbeiter-Zeitung ist bereits eine Erklärung der Parteiverretter erschienen, die vor der Unterstützung dieses Unternehmens warnt.

Crimmitschau.

Der Vorsitzende der Generalkommission in Crimmitschau.

Am Dienstag, den 17. Dezember, hatte Genosse Legien in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften eine dreiviertelstündige Unterredung mit dem Bürgermeister von Crimmitschau. Jüngst eine Veränderung der Situation in Crimmitschau ist jedoch — wie wir gleich bemerken wollen — infolge der Unterredung wieder eingetreten noch zu erwarten. Genosse Legien hat die Unterredung des halb nachgeführt, um den Bürgermeister wegen der bekannten polizeilichen Maßnahmen, die der Verhängung des Belagerungszustands gleichkommen, zu interpellieren und, wenn möglich, eine Zurücknahme derselben zu erwirken. Der Bürgermeister erklärte jedoch, die Verhängung der polizeilichen Maßnahmen sei notwendig gewesen und „begründete“ das Vorgehen der Polizei ungefähr ebenso, wie Geheimrat Fischer im Reichstage. Ferner erklärte der Bürgermeister, daß der durch die Maßnahmen der Polizei geschaffene Ausnahmezustand bestehen bleibe. Genosse Legien betonte demgegenüber, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften sich in den Kampf, den die Crimmitschauer Textilarbeiter führen, bis dahin nicht eingemischt haben, wo den Ausgeperrten die Abhaltung von Versammlungen verboten, und ihr Koalitionsrecht durch polizeiliche Verfügungen illusorisch gemacht wurde. Nachdem die Polizei in dieser Weise zugunsten der Unternehmer in den Kampf eingegriffen habe, sei es eine selbstverständliche Pflicht aller Gewerkschaften gewesen, die Crimmitschauer Ausgeperrten zu unterstützen, und nun werde auch der Kampf weitergeführt werden.

Bis Ende Januar sei die Unterstützung der Ausständigen durch Geldmittel bereits gesichert.

Der Bürgermeister meinte zwar, der Streik sei ein großes Unglück für Crimmitschau und er wünsche, daß der Kampf bald ein Ende nehme. Aber irgend einen Versuch, Einigungsverhandlungen anzubahnen, machte der Bürgermeister nicht. Legien hatte keine Veranlassung, Einigungsvorschläge zu machen, denn er ist überzeugt, daß in der gegenwärtigen, den Ausgeperrten durchaus günstigen Situation wohl die Fabrikanten, nicht aber die Ausgeperrten ein Interesse an der Einleitung von Einigungsverhandlungen haben.

Zum Laufe der Unterredung fragte Genosse Legien beim Bürgermeister an, ob der Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für die Ausgeperrten Hindernisse in den Weg gelegt werden würden. Der Bürgermeister meinte, das werde wohl nicht der Fall sein, er erkundigte sich aber, ob Ansprachen bei der Feier gehalten und welchen Charakter dieselben tragen würden. Legien bemerkte, daß man auf Ansprachen in keinem Falle verzichten werde, und daß dabei natürlich auch die Ausgeperrten, die ja die Veranlassung zu der geplanten Weihnachtsfeier gegeben habe, auch besprochen werden müsse. Das schien dem Bürgermeister zwar bedenklich, jedoch sagte er nicht, daß deswegen die Weihnachtsfeier verboten werden würde. Genosse Legien machte den Bürgermeister auch darauf aufmerksam, daß es doch keine angenehme Situation für Crimmitschau wäre, wenn die Ausgeperrten bei einem Verbot ihrer Weihnachtsfeier aus der Stadt über die Grenze wandern, um ihr Weihnachten im „Auslande“ zu begehen. Der Bürgermeister gab zu, daß ihm selbst diese Eventualität unangenehm wäre, und so trennte sich Genosse Legien von ihm in der sicheren Erwartung, daß die Behörde der Weihnachtsfeier der Ausgeperrten keine Hindernisse bereiten werde.

Inzwischen haben die Tatsachen gezeigt, daß sich diese Erwartung nicht erfüllt hat. Amtshauptmann und Stadtrat haben die Weihnachtsfeier verboten. Es gibt also in Crimmitschau einen Willen, der stärker ist

wie der Wille des Bürgermeisters, nämlich der Wille der im Stadtrat einflussreichen Fabrikanten.

Die Weihnachtsfeier wird aber trotzdem abgehalten. Wie neulich bei Abhaltung der Versammlungen, so werden die Ausgeperrten am Heiligabend mit Weib und Kind über die sächsische Grenze ins Altenburgische wandern, um in einem andern deutschen Vaterlande ihr Weihnachtsfest zu feiern, dessen Abhaltung in der Heimatstadt ihnen unmöglich gemacht worden ist.

Berichte.

Löbau. Die Firma Lätich gibt sich seit Beginn des Streiks alle erdenkliche Mühe, Ersatz für die Ausständigen heranzubilden. Außer in verschiedenen andern Zeitungen wurden auch im hiesigen Amtsblatt schon zweimal junge Frauen und Mädchen zur Erlernung des Wickel- und Zigarrenmachens gesucht. Um dies zu verhindern, brachten die Ausständigen nach jedem Inserat in letzterer Zeitung zur Kenntnis, daß sich die Arbeiter der betr. Firma im Streik befinden. Unfre Veröffentlichungen sind aber von besserem Erfolge begleitet gewesen wie die Arbeitergesuche der Firma Lätich, dies beweist wohl am besten folgendes Inserat, welches am 12. Dezember im Sächsischen Postillon erschien, und das wir hiermit der weiteren Öffentlichkeit übergeben:

Auf meine in den Zeitungen erschienenen Annoncen wurden von Seiten der bei mir beschäftigt gewesenen Arbeiter Entgegnungen gebracht, unterzeichnet: „Die streikenden Arbeiter“.

Ich bringe nun zur allgemeinen Kenntnis, daß in der am Freitag, den 16. Oktober, beim Herrn Bürgermeister stattgefundenen Verhandlung Herr Bürgermeister Müllich den 5 zugegen gewesenen Arbeitern von vornherein ausdrücklich erklärte, bei der Firma Karl Lätich sei kein Streik ausgebrochen, es handele sich lediglich um eine regelrechte Kündigung und um eine Entlassung.

Jeder bei mir wieder eintretende Arbeiter, resp. die schon eingetretenen, welche seinerzeit mit Kündigten, können infolgedessen auch nicht als Streikbrecher bezeichnet werden.

Ich werde daher sowohl die weitere Veröffentlichung, in welcher von Streik usw. die Rede ist, als auch jede mir zu Ohren kommende derartige Äußerung gerichtlich verfolgen.

Löbau i. S., den 10. Dezember 1903.

Karl Lätich, Zigarrenfabrik.

Die in diesem Inserat erwähnte Äußerung des Herrn Bürgermeisters ist wohl richtig, doch tut dies unsern Kampf durchaus keinen Abbruch. Alle Merkmale eines Streiks sind vorhanden. Wir haben mit Einreichung unserer Kündigung doch auch Forderungen gestellt, auf Grund dieser Forderungen hat die Firma mit der von den Arbeitern gewählten Kommission verhandelt, und schließlich hat Herr Lätich einer Arbeiterin gegenüber, welche einen andern Entlassungsantrag forderte, selbst anerkannt, daß es ein Streik sei. Die Ankündigung gerichtlicher Verfolgung läßt nur den Schluß zu, daß die ganze Situation der Firma höchst unangenehm wird. Hätte diese die öfteren Versuche zu einer Einigung nicht schroff zurückgewiesen, so wäre dieser Kampf schon längst in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt.

Hannover. Ein starkes Stück hat sich der Zigarrenfabrikant Herr Meyerstein, Wahrenwalder Straße, geleistet. Er hat einen Arbeiter, der schon 13 Jahre zur vollen Zufriedenheit seines Arbeitgebers gearbeitet hat, wegen schlechter Arbeit entlassen. Diesen Grund gab Herr Meyerstein bei der Entlassung an. Dreizehn Jahre lang hat der Betroffene aber seinem „Broscherrn“ treu und unverdrossen das Kapital vermehrt, ohne über schlechte Arbeit Klagen zu hören. Nun stellt ihm Herr Meyerstein aber solches Zeugnis aus:

Der Zigarrenarbeiter Wilhelm Sch. aus B. war vom 15. Mai 1890 bis zum heutigen Tage bei mir beschäftigt und hat sich derselbe während dieser Zeit als braver, treuer und fleißiger Arbeiter gezeigt.

Hannover, den 7. November 1903. H. Meyerstein.

Brav, treu und fleißig! Trotzdem steigt er hinaus. Herr Meyerstein hat dann noch nicht einmal den Mut, den wahren Grund der Entlassung mitzuteilen. Das ist die bekannte Moral des Unternehmertums. So entläßt sich Herr Meyerstein organisierter Arbeiter! Darauf las es ihm an und das Mittel dünkte ihm gut. Mag sich jeder Leser sein Urteil darüber bilden.

Meina. Am 29. November tagte im Lokale der Wwe. Grenze hieselbst eine Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Richtigstellung der Verwaltungsgelder; 3. Gründung einer Lokalkasse; 4. Besprechung über die Angelegenheit bei Alms; 5. Verschiedenes. Da keine neuen Mitglieder aufgenommen waren, wurde gleich zu Punkt 2 übergegangen. Ein Antrag des Kollegen Ebert wurde so geregelt, daß der 1. Bevollmächtigte $\frac{1}{2}$, der 2. Bevollmächtigte $\frac{1}{3}$ der Verwaltungsgelder erhält. Ferner wurde beschlossen, eine Lokalkasse zu gründen, zu welcher jedes Mitglied monatlich 10 Pfg. Beitrag zu entrichten hat; als Lokalkassierer wurde Kollege Mielke gewählt. Die Kasse tritt am 1. Januar 1904 in Kraft. Zu Punkt 4 wurde beschlossen, die über die Firma Alms verhängte Sperre aufzuheben. Da der 3. Bevollmächtigte es nicht für nötig befunden hatte, in der Versammlung zu erscheinen, so wurde auf Antrag einiger Kollegen eine Ersatzwahl vorgenommen. Es wurde Kollege Brandt gewählt. Nachdem noch einige örtliche Verhältnisse geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Schwiebus. Am Montag, den 7. Dezember, fand bei Gondalatsch eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Das Referat dazu hatte Kollege Mielke-Berlin übernommen. Den Anlaß dazu gaben die Verhältnisse in der Fabrik von Minke. Dort ist eine neue Sorte Zigarren eingeführt worden, welche die Arbeiter für den ihnen angebotenen Lohn von 4.75 Mark für Rollen nicht machen wollten, und das mit vollem Recht, weil in einer andern Fabrik für fast dieselbe Sorte 5.50 Mark bezahlt werden. Fürs Wickelmachen zahlt die Firma Minke für diese Arbeit, ein schwer zu arbeitendes Fasson, nur 1.25 Mark. Die Wickel werden von den Lehrlingen gemacht, welche die Firma zur Genüge beschäftigt. Diese Sorte wurde nun einem Kollegen angeboten, doch schlug er es ab, sie zu machen, worauf er gezwungen war, die Arbeit einzustellen, weil der Fabrikant erklärte, keine andre Arbeit für ihn zu haben. Der betreffende Kollege verklagte dann Herrn Minke beim Gewerbegericht auf Lohnentziehung; dieses half sofort. Der Kollege konnte wieder anfangen, nur mußte er Arbeit für 4 Mark machen. Die neue Sorte für 4.75 Mark wird seitdem von Lehrlingen gemacht. Doch hat dieser Herr noch andre Mittel, seine Arbeiter geizig zu machen, indem er bei etwaigen Differenzen mit seinen Arbeitern weibliche Arbeiter sucht, welche das Zigarrenrollen erlernen wollen. So bei dem Streik 1899, so auch diesmal; er hatte auch das Glück, daß einige zu arbeiten angingen. Daß er aber den weiblichen Arbeiterinnen die gleichen Löhne wie den männlichen zahlt, davon ist keine Rede; sie erhalten vielmehr für jede Sorte 50 Pfg. weniger. Mächt nun doch die weiblichen Arbeiter einsehen, daß sie der Fabrikant nicht deshalb beschäftigt, daß sie Arbeit haben und sich ihren Lebensunterhalt fristen können, sondern lediglich nur deshalb, daß er mehr Gewinn erringen kann. Leider kommen sie nicht zur Einsicht, sondern verhängen vielmehr jeden ihrer Mitarbeiter, welcher die Aufforderung an sie ergehen läßt, sich unserm Verbands anzuschließen. Kollege Mielke sprach nun in seinem einstündigen Vortrage über das Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum. Er führte den zahlreich Erschienenen vor Augen, wie sich die Unternehmer zusammenschließen in ihren Organisationen und wie die Lage der Arbeiter dadurch verschlechtert würde, daß immer mehr weibliche Arbeitskräfte be-

schäftigt würden. Die Frauen müssen für billigere Löhne arbeiten als die Männer; durch die billigen Löhne der Frauen, welche eigentlich in ihrem Haushalt tätig sein müßten, werden dann die Männer aus den Fabriken vertrieben und müssen auf die Landstraße gehen. Auch wies er nach, daß an den verschiedenen Orten an die weiblichen Arbeiter den männlichen gegenüber für dieselben Sorten verschiedene Löhne gezahlt werden; sogar ist es in demselben Orte der Fall, wie hier in Schwiebus. Nachdem ging er mit Herrn Minke scharf ins Gericht. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, kräftig für den Verband zu agitieren und sich das Zusammenhalten des Unternehmers zum Vorbild zu nehmen. Ferner wurde auch über die Fabrik Schettler Klage geführt. Dort werden die bundesrätlichen Bestimmungen nicht innegehalten; so werden dort z. B. jugendliche Arbeiter länger als 10 Stunden beschäftigt. Nachdem sind keine getrennten Aborte vorhanden. Wenn ein Beamter kommt und fragt nach den Aborten, so wird ihm der des Fabrikanten gezeigt, welcher sonst verschlossen ist. Solche Mißstände kommen aber erst immer an die Öffentlichkeit, wenn von der Fabrik Schettler Kollegen aus der Arbeit treten; sonst hat keiner den Mut dazu, es zu veröffentlichen. Es könnte vielleicht einer oder der andre seine Arbeit verlieren und dann keine Zigarren mehr für 4 Mark machen. Nach verschiedenen, weniger wichtigen Ausführungen wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband geschlossen. Möge auch jede Mitgliederversammlung so beschaffen sein.

Meissen. Schon im vorigen Jahre wurden von der Firma E. Reinhardt, Poststraße 13, zwei Mitglieder unseres Verbandes gemahregelt, und jetzt wurden wieder zwei Mitglieder der Organisation auf Pflaster geworfen, weil sie sich einen Lohnabzug nicht bieten ließen, während die nichtorganisierten Arbeiter dieser Fabrik keinen Versuch machten, denselben zurückzuweisen. Der Deutsche Tabakarbeiterverband wird aber seine Mitglieder gegen einen Fabrikanten, der die Löhne so herabdrückt, zu schützen wissen. Die Firma Reinhardt bezahlt in Meissen Löhne, wie sie in Süddeutschland nicht niedriger bezahlt werden. Es ist vorgekommen, daß verarbeitete Zigarrenmacher mit 7 Mk. Wochenverdienst nach Hause gingen. Das Material ist das denkbar schlechteste zum Verarbeiten. Das Umblatt, Paragan, wird in einen Behälter geworfen, dann wird kochendes Wasser darüber gegossen und bleibt eine Zeitlang mit dem Wasser stehen. Wenn es nachher herausgenommen wird, wird es noch etwas getrocknet und dann verarbeitet. Daß ein so zubereitetes Umblatt seine Festigkeit verliert, wird jeder ohne weiteres zugeben müssen; es arbeitet sich auch ganz miserabel, weil es als Umblatt viel zu schmal ist und viel zu dicke Rippen hat. Auch das Verarbeiten geschüttener und gewalzter Rippen als Einlage kann für die Arbeiter nicht vorteilhaft sein, weil durch die Härte derselben das Wickeln guter Wickel erschwert wird. In nächstem bringen wir die Löhne dieser Fabrik wie sie 1900 waren und wie sie jetzt sind:

Für Nr. 6 gab es 1900 9.— Mk., 1903 8.— Mk.
" " 7 " " 1900 11.— " 1903 5.50 "
" " 18 " " 1900 7.50 " 1903 7.— "
" " 13 mit Feltz 1900 8.— " 1903 7.— "
" " 14 gab es 1900 8.— " 1903 7.— "

Die hier angegebenen Nummern sind sämtlich Torpedo- und Bodkassons. Auch auf verschiedene andre Torpedo- und Bodkassons wurden Abzüge gemacht, doch sind nähere Angaben hierüber leider nicht zu erlangen gewesen. Herr Reinhardt scheint sich um seine Wickelmacher überhaupt nicht zu kümmern. Es ist doch gewislich gar nicht zulässig, daß die Wickelmacher vom Zigarrenmacher entlohnt werden und so in keinem direkten Lohnverhältnis zum Fabrikanten stehen. Bei jetziger Jahreszeit gibt es in dieser Fabrik noch kein Licht, es gibt eben in keinem Winter Licht. Mehr wie 2000 Zigarren dürfen nicht gemacht werden. Leider gibt es auch in dieser Fabrik Arbeiter, die ihre Mitarbeiter beim Meißner anschwärzen und so ihre Kollegen aus der Arbeit bringen. Darum, Kollegen der Firma Reinhardt, werst eure Gleichgültigkeit ab und tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband. Nur dieser kann hier eine Veränderung schaffen. Euer Fabrikant wird mit dem nächsten Lohnabzug nicht lange warten lassen. Der Zigarrenfabrikant Richter, Meissen rechts der Elbe, scheint die Wege der Firma Reinhardt betreten zu wollen. Er machte einen Lohnabzug von 70 Pfg. per Wille, und außerdem sollen die Arbeiter jetzt die Zurichtung bezahlen, während es bisher freie Zurichtung gab. Dieser Fabrikant beschäftigt nur Hausarbeiter und verlangt, daß dieselben recht viel machen sollen; wenn aber Sonnabend ist, erhalten dessen Arbeiter nicht ihren vollen Lohn. Der volle Wochenlohn konnte von diesem Fabrikanten bis jetzt an keinem einzigen Sonnabend ausgezahlt werden. Wenn sich die uns noch fernstehenden Hausarbeiterinnen dieser Firma unser Organisation anschließen würden, wäre auch hier Abhilfe zu schaffen. Die Einzelmitglieder der Zahlstelle Meissen haben deshalb beschlossen, über beide Fabriken die Sperre zu verhängen bis andere Zustände Platz greifen werden. Der Zugang nach Meissen ist deshalb fernzuhalten.

Meißensels. Das 90. Stiftungsfest hat die Zahlstelle Meißensels Sonntag 13. Dezember gefeiert. Besten Dank dem Arbeiter-Gesangverein Hoffnung für seine Mitwirkung, ebenso den Kollegen und Kolleginnen, welche sich alle Mühe gegeben haben, durch ihre Vorträge das Fest zu verschönern. Die Genossen und Genossinnen waren sehr zahlreich erschienen, lange ist es her, daß die Centralhalle einen so zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Der Ueberfluß ist den Crimmitschauer Ausgeperrten überwiesen worden. Die Zahlstelle ist am 18. März 1883 gegründet, Kollege Normann ist noch der einzige am Ort, welcher seit der Gründung ununterbrochen dem Verein angehört; er hat sich keine Mühe verdrießen lassen und ist stets agitatorisch für den Verband eingetreten. Nun hat er freiwillig sein Amt als Vertrauensmann niedergelegt. Hoffentlich wird er uns zu jeder Stunde zur Seite stehen wie zuvor.

Meißensels. Den werten Verwaltungen der Konsumvereine hiermit zur Nachricht, daß ich mein Amt als Vertrauensmann der Tabakarbeiter für Meißensels niedergelegt habe. Alle Anfragen, betreffend Löhne usw., sind deshalb vom 1. Januar 1904 ab an den Tabakarbeiterverband, Bremen, Marktstraße 18, zu richten. Die Bevollmächtigten der Zahlstellen wollen die Güte haben, die Vereine hiervon in Kenntnis zu setzen. E. Normann.

Quittung.

Vom 17. November bis 19. Dezember sind folgende freiwillige Gelder für die streikenden Tabakarbeiter Löbaus bei mir eingegangen: Am 17. November Deuben durch Barthmann 6.75; Eignitz durch Ismer 7.20. Am 18. Nov. Görlich durch Seibt 14.40. Am 25. Nov. Gohlitz durch Wagner 8.50. Am 30. Nov. Krieg durch Pagner 6.40. Am 2. Dezember Dahme durch Zwieler 14.50. Am 2. Dez. Bernberg durch Ebert 10.75. Am 4. Dez. Freiberg durch Keller 10.—. Am 5. Dez. Leisnig durch Ziesmer 8.—. Am 6. Dez. Großenhain durch Schilde 4.40. Am 7. Dez. Musterhausen durch Richter 7.—. Am 8. Dez. Jauer durch Schlagmann 5.—. Am 10. Dez. Appelt 8.75. Am 9. Dez. Alpolda durch Wiedem 4.40. Am 10. Dez. Halberstadt durch König 81.—; Jüterbog durch Genkel 9.66. Am 12. Dez. Altenburg durch Streiber 9.15. Am 14. Dez. Görlich durch Seibt 12.22. Am 15. Dez. Linden durch Grethe 7.60; Finsterwalde durch Scherling 5.—; Zerbst durch Lorenz 1.65 Mk.; in Summa 192.38 Mk.

Allen Gebern besten Dank. Der Streik dauert unverändert fort. J. A.: Hermann Hebler.

Briefkasten.

G. Z. Nur nach gründlicher Durcharbeitung, wie Sie sehen.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!